

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XIX. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1956

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Mäßige Saisonabschwächung im Jänner — Stabile Preise — Zunehmende Geld- und Kreditknappheit

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft; Umschichtung in der landwirtschaftlichen Viehhaltung — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch; Insolvenzen im Jahre 1955 — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Die ERP-Kredite für den Fremdenverkehr im Jahre 1955 — Außenhandel

Die Rationalisierung im österreichischen Obstbau

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Mäßige Saisonabschwächung im Jänner — Stabile Preise — Zunehmende Geld- und Kreditknappheit

Dank Hochkonjunktur und mildem Wetter im Jänner war die saisonbedingte Abschwächung der österreichischen Wirtschaft zu Jahresbeginn verhältnismäßig geringfügig. Die Winterarbeitslosigkeit war bis Ende Jänner niedriger als in den Vorjahren. Die Versorgung mit Energie war im allgemeinen ausreichend und ermöglichte eine hohe Industrieproduktion. Erst der starke Kälteeinbruch im Februar hat vermutlich Produktion, Beschäftigung und Verkehr vereinzelt und vorübergehend stärker beeinträchtigt. Preise und Löhne sind seit der Beilegung des Preis-Lohn-Konfliktes im Dezember v. J. bemerkenswert stabil. Von besonderer Bedeutung für die künftige Entwicklung der Konjunktur ist die zunehmende Verknappung auf dem Geldmarkt. Die geringe Liquidität und die verschärften Bestimmungen der Kreditabkommen legen den Kreditinstituten nahe, ihre Wertpapierkäufe einzuschränken und kommerzielle Kredite nur in dringenden Fällen zu gewähren. Da auch der Kapitalmarkt nicht sehr ergiebig ist, werden die zum Teil sehr weit gespannten Investitionspläne der öffentlichen und privaten Wirtschaft voraussichtlich nicht ganz realisiert werden können.

Der winterliche Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt war bisher schwächer als in den Jahren 1954 und 1955. Die Zahl der *Beschäftigten* sank im Jänner um 47.800, während im Vorjahre 62.900 Arbeitskräfte entlassen wurden. Ende Jänner 1956 waren noch 2.024.500 unselbständige Arbeitnehmer beschäftigt, um 91.100 mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1955. Die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* erhöhte sich im Jänner um 46.300 (im Vorjahr um 53.000) auf 200.200. Die Arbeitslosigkeit nahm nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in den Konsumgüterindustrien weniger stark zu als im Jänner 1955. Die Rate der Arbeitslosigkeit erreichte Ende Jänner 9,0%, gegen 10,7% im Vorjahre.

Das ziemlich warme Wetter im Jänner begünstigte die Beschäftigung im Baugewerbe und in anderen witterungsabhängigen Berufen¹⁾. Gleichzeitig bewog die gute Konjunktur und die Knappheit an

¹⁾ Der Kälteeinbruch Ende Jänner kommt in der Arbeitsmarktstatistik noch nicht zum Ausdruck, da die Krankenkassen nicht immer sofort von Personalveränderungen benachrichtigt werden und entlassene Arbeitskräfte sich erst nach einigen Tagen bei den Arbeitsämtern melden.

Arbeitskräften viele Betriebe, Arbeitskräfte auch dann zu halten, wenn sie vorübergehend nicht voll beschäftigt werden konnten. Dagegen ist das Strukturproblem der Winterarbeitslosigkeit nach wie vor ungelöst. Die Schlechtwetterregelung und die produktive Arbeitslosenfürsorge bieten der Bauwirtschaft nicht genug Anreiz, sich auf das Bauen im Winter umzustellen. In ländlichen Gegenden wurde das Bauen meist schon vor Weihnachten eingestellt. Auch die öffentliche Hand schränkte den Straßenbau und die Wildbachverbauung stärker ein. Nur in großen Städten und an Großbaustellen wurde weiter gearbeitet. Für eine umfangreiche Bautätigkeit im Winter fehlen noch immer wichtige Voraussetzungen. Erst wenige Baufirmen verfügen über die erforderlichen technischen Geräte; Bauplanung und Finanzierung nehmen auf das Winterbauen zu wenig Rücksicht und die unerläßliche Koordination aller an der Bauwirtschaft beteiligten Stellen steckt noch in den Kinderschuhen. Dazu kommt, daß im Winter trotz öffentlichen Zuschüssen noch immer teurer gebaut wird als im Sommer. Private und vielfach auch öffentliche Bauherren vergeben jedoch nur dann Aufträge im Winter, wenn ihnen die Mehrkosten — etwa aus einem Fonds, der aus der Bauwirtschaft selbst gespeist wird — ersetzt werden.

Der zu Herbstbeginn noch bemerkenswert steile Aufschwung der *Industrieproduktion* hat sich im November stark verlangsamt. Der Produktionsindex je Arbeitstag stieg nur um 1·90%, obwohl saisongemäß eine Zunahme um 3·70% zu erwarten war. In einigen Zweigen hat die Expansion nahezu aufgehört. Der Bergbau förderte aus Mangel an Arbeitskräften nur knapp so viel wie im Vorjahr, die Papierindustrie produzierte trotz voller Ausnützung ihrer Kapazitäten nur um 40% mehr. Die Textilindustrie klagt vielfach über Absatzschwierigkeiten. Die Gesamtproduktion von Textilien liegt seit Herbstbeginn etwas unter dem Vorjahresstand, die Produktion von Geweben aus Baumwolle und Schafwolle mußte sogar stark eingeschränkt werden. Der Abbau der Vorräte in Industrie und Handel, der steigende Verbrauch an Textilien und die guten Exporterfolge lassen jedoch erwarten, daß sich die Textilproduktion trotz scharfer ausländischer Konkurrenz wieder erholen wird.

Im Gegensatz zu den eben erwähnten Zweigen erzeugten die Magnesitindustrie, die Eisenhütten, die Fahrzeug-, Maschinen- und Baustoffindustrie im November noch um 10 bis 20% mehr als im Vorjahre. Diese Zweige konnten dank forcierten Investitionen ihre Kapazitäten rasch ausweiten, die Produktivität erheblich steigern und damit die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit, die wiederholt bereits erreicht schien, immer wieder hinausschieben. Am stärksten — um 66% — überschritt im November die Produktion der Metallhütten den Vorjahresstand. Die äußerst stromintensive Aluminiumproduktion wurde heuer bis in den Winter ausreichend mit Energie versorgt und konnte daher auf vollen Touren laufen. (Im Vorjahr mußte die Erzeugung der Metallhütten bereits im November um 23% gedrosselt werden.)

Nach den Ergebnissen des *Konjunkturtestes des Institutes* entwickelte sich die Industrieproduktion im *Dezember* annähernd saisongemäß. Die Auftrags-eingänge waren fast durchwegs höher als im Vorjahre, zeigten aber vielfach eine rückläufige Tendenz. Besonders in den Sägewerken, in der Fahrzeugindustrie, Eisenwaren- und Metallwarenerzeugung sowie in der Bekleidungsindustrie gingen weniger Bestellungen ein als in den Vormonaten, während sie Ende 1954 stärker zugenommen hatten.

Die Verbraucher haben ihre Weihnachtseinkäufe im Jahre 1955 zum Teil bereits im November getätigt. Die *Umsätze im Einzelhandel* stiegen im November mit 70% übersaisonmäßig stark. Die Steigerung im Dezember um 70% entsprach nicht ganz den Saison-erwartungen. (Im Durchschnitt der letzten Jahre waren die Umsätze um 78% gestiegen.) Trotzdem wurden die Rekordumsätze vom Dezember 1954 mengenmäßig um 8% überschritten. Die Vorverlegung des Weihnachtsgeschäftes hängt offenbar damit zusammen, daß die Konsumenten nach Zuspitzung des Preis-Lohn-Konfliktes im Spätherbst Preissteigerungen befürchteten. Wahrscheinlich wurde auch schon im Laufe des Jahres 1955 — anläßlich des Ausverkaufes der USIA-Läden und infolge von Währungsgerüchten im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag — ein Teil der ursprünglich für Weihnachten vorgesehenen Anschaffungen vorweggenommen. Auf der anderen Seite hat sich die Sonderzahlung in Höhe

eines Wochenlohnes, die vielfach erst im Jänner ausbezahlt wurde, noch nicht voll ausgewirkt.

Schwächer als saisongemäß gingen vor allem Textilien. Nach ausgezeichneten Umsätzen in den Herbstmonaten — von September bis November wurden um 24% mehr Textilien verkauft als im Jahre 1954 — blieb die Umsatzbelegung im Dezember mit 37% erheblich unter dem Durchschnitt der Vorjahre (65%). Besonders Konfektion und Meterwaren wurden nur wenig mehr verkauft als im November. Auch im Handel mit Möbeln, Teppichen, Gardinen und in den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Branchen entsprach das Weihnachtsgeschäft nicht ganz den Erwartungen. Dagegen entwickelten sich die Umsätze von Lebensmitteln, Tabakwaren, Hausrat, Glas und Porzellan annähernd saisongemäß. Der Schuhhandel hatte sogar ein ausgezeichnetes Weihnachtsgeschäft. Er verkaufte um 57% mehr Schuhe als im November und um 11% mehr als im Dezember 1954. Der Handel hatte im Dezember sehr vorsichtig disponiert. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes nahmen die Wareneingänge fast durchwegs stärker ab oder weniger stark zu als im Dezember 1954. Die Vorräte des Handels waren daher zu Jahresende sehr gering. Das Warenangebot bei den Saisonräumungsverkäufen im Jänner war dementsprechend klein und oft auch qualitativ mäßig.

Der Außenhandel erreichte im Dezember saisonbedingt neue Rekordwerte. Die *Einfuhr* stieg um 165 Mill. S auf 2.357 Mill. S und war damit um 250 Mill. S höher als im Dezember 1954. Das Einfuhrvolumen war zum erstenmal mehr als doppelt so hoch (206%) wie im Jahre 1937. Die Einfuhrsteigerung im Dezember betraf wie im Vorjahr hauptsächlich Investitionsgüter, meist aus Westdeutschland. Die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln stieg um 127 Mill. S (im Vorjahr um 181 Mill. S) und war mit 592 Mill. S um 68 Mill. S höher als im Dezember 1954. Außerdem wurden mehr Erze und Metalle importiert als im Vormonat. Gleichzeitig mit der Einfuhr stieg die *Ausfuhr* um 144 Mill. S auf 1.773 Mill. S. Der Ausfuhrwert war um 246 Mill. S höher als im Dezember 1954, das Ausfuhrvolumen erreichte das 2,5fache von 1937. Gegenüber November wurden hauptsächlich mehr halbfertige Waren

(Eisen und Stahl, Metallwaren, Maschinen, Papier und Textilien) exportiert. Die Ausfuhr von Konsumfertigwaren ging leicht zurück, da die für Weihnachten bestimmten Lieferungen bereits in den Vormonaten abgewickelt wurden.

Der *Rußlandhandel* entwickelt sich programmgemäß. Die kommerziellen Exporte, die im Durchschnitt der Monate Jänner bis August nur 0,3 Mill. S betragen hatten, erreichten im November und Dezember 82 Mill. S und 54 Mill. S. Es handelt sich meist um Waren des Handelsabkommens, die jedoch noch nicht im Clearing abgerechnet, sondern von der Sowjetunion mit Schillingen bezahlt wurden. Als Ablöse für die USIA-Betriebe wurden bisher Lieferverträge in Höhe von 562 Mill. S oder 86% des auf das erste Lieferjahr entfallenden Betrages von 650 Mill. S abgeschlossen. Davon wurden bis Ende Jänner 1956 Waren im Werte von 193 Mill. S (darunter 120.000 t Rohöl) geliefert. Außerdem erhielt die Sowjetunion 400.000 t Rohöl gemäß Erdölabkommen. Die Einfuhr aus der Sowjetunion war bisher gering. Sie belief sich im November und Dezember auf 15 Mill. S und 18 Mill. S.

Das Defizit der *Handelsbilanz* war im Dezember mit 584 Mill. S etwas höher als im November und gleich hoch wie im Dezember 1954. Nur ein kleiner Teil konnte durch Einnahmen aus unsichtbaren Transaktionen gedeckt werden. Der Fremdenverkehr brachte bei 348.000 Ausländer-Übernachtungen nur 84 Mill. S Devisen ein, um 2 Mill. S mehr als im Dezember 1954. Die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen gingen daher im Dezember um 314 Mill. S und im Jänner um weitere 63 Mill. S zurück. Sie betrugen Ende Jänner 8.670 Mill. S. Gegenüber der EZU entstand in beiden Monaten trotz vorzeitiger bilateraler Abrechnung eines Teiles der Zahlungsverpflichtungen ein monatliches Defizit von 2,1 Mill. \$ und 1,3 Mill. \$. Der Devisenabfluß ist jedoch etwas geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Für die künftige Entwicklung der *Zahlungsbilanz* ist die Anfang Februar geschlossene Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich über den Bezug amerikanischer Überschußgüter bedeutsam. Österreich wird im Rechnungsjahr 1955/56

amerikanische Nahrungsmittel (Weizen, Mais, Schmalz, Obstkonserven) und Rohstoffe (Tabak, Baumwolle) im Werte von 580 Mill. S beziehen. Diese Lieferungen werden nicht in Devisen, sondern in heimischer Währung bezahlt. Die Schillingerlöse werden, ähnlich wie bei den ehemaligen ERP-Lieferungen, auf ein Sonderkonto eingezahlt. Es wurde in Aussicht genommen, ein Drittel dieses Betrages zur Förderung der Exporte und zwei Drittel als langfristige Darlehen für Investitionen zu verwenden. Durch diese Transaktion wird ein namhafter Teil des echten Defizites der österreichischen Zahlungsbilanz (Saldo der laufenden Zahlungsbilanz einschließlich Deviseneingänge aus statistisch nicht erfaßten Quellen) gedeckt, das gegenwärtig etwa 40 bis 50 Mill. \$ beträgt.

Die Bemühungen der Wirtschaftspolitik, die Spannungen im Preis-Lohn-Gefüge zu mildern, waren bisher erfolgreich. Seit der Sonderzahlung in Höhe eines Wochenlohnes, verschiedenen wirtschaftspolitisch motivierten Preissenkungen und dem strafferen Kurs der Kreditpolitik sind *Preise* und *Löhne* annähernd stabil. Wohl überwiegen auf einzelnen Märkten noch Preisauftriebstendenzen. So haben Verteuerungen im Ausland und die Aufhebung von Ausnahmetarifen der Bundesbahnen die Verbraucherpreise für Kohle erhöht. Auch Buntmetalle, Kalbfelle und verschiedene Lederwaren wurden teurer. Andererseits hat sich der Holzmarkt entspannt. Die seit einigen Monaten rückläufige Tendenz der Weltmarktpreise und die im Lichte dieser Entwicklung vielfach als zu hoch empfundenen Lager, vor allem der Sägewerke, beginnen sich auf die heimischen Preise auszuwirken. Die Märkte für landwirtschaftliche Produkte sind weitgehend stabil. Schlachtschweine und Schlachtrinder sowie viele Obst- und Gemüsesorten sind etwas billiger als im Vorjahr. Die in den letzten Monaten ziemlich hohen Eierpreise sind im Jänner um 25% gesunken. Über den Milchpreis wird noch auf höchster wirtschaftspolitischer Ebene verhandelt. Die Wirtschaftspolitik bemüht sich um eine Lösung, die den Wünschen der Landwirtschaft weitgehend Rechnung trägt, die Konsumenten aber nicht oder nur möglichst wenig belastet.

Die verhältnismäßig ruhige Entwicklung der Preise spiegelt sich in den verfügbaren Preisindizes.

Der Index der *Großhandelspreise* des Statistischen Zentralamtes stieg Mitte Dezember bis Mitte Jänner um 0.7% auf 825, der Index der *Lebenshaltungskosten* des Institutes erhöhte sich um 0.2% auf 706.6 (1938 = 100). Geringfügige Verteuerungen von Kohle, Wurst, Gemüse und die Erhöhung des Reinigungsgeldes im Aufwand für Mieten wurden durch Verbilligungen von Eiern, Rindfleisch, Marmelade und Äpfeln fast kompensiert. Seit Jänner 1955 sind die Großhandelspreise um 2.3% gesunken und die Lebenshaltungskosten um 1.3% gestiegen.

Der *Geldmarkt* wurde gegen Ende 1955 stark angespannt. Die Kreditinstitute waren in hohem Maße auf die Hilfe der Notenbank angewiesen. Sie legten im IV. Quartal 1955 473 Mill. S Wechsel zum Rediscount vor, verkauften 267 Mill. S Schatzscheine und nahmen um 555 Mill. S Lombardkredite von der Notenbank auf. Nur ein geringer Teil der auf diese Weise von der Notenbank geschaffenen zusätzlichen liquiden Mittel wurde auf freien Girokonten bei der Notenbank eingelegt. Über 1 Mrd. S wurde von den Kreditinstituten zur Deckung laufender Verpflichtungen benötigt. Auch im Jänner 1956 hat sich der Geldmarkt entgegen den Saisonerwartungen nur wenig entspannt. Die Kreditinstitute lösten zwar 767 Mill. S Wechsel, Schatzscheine und Wertpapiere von der Notenbank zurück, verminderten aber gleichzeitig ihre freien Giroguthaben bei der Notenbank, die im Dezember aus bilanztechnischen Erwägungen besonders hoch waren, um 759 Mill. S. Die Nettoverschuldung des Kreditapparates gegenüber der Notenbank blieb unverändert.

Die zunehmende Anspannung auf dem Geldmarkt ist hauptsächlich eine Folge der passiven Zahlungsbilanz. Die seit über einem Jahr anhaltenden Devisenverkäufe der Notenbank haben dem Geldmarkt hohe flüssige Mittel entzogen und die Liquiditätsreserven des Kreditapparates, die vor einem Jahr noch überreich waren, empfindlich geschmälert. Die Verknappung auf dem Geldmarkt wird zusätzlich dadurch verschärft, daß die Wirtschaft einen relativ größeren Teil der disponiblen Geldmenge in Form von Bargeld hält. Sein Anteil am Geldvolumen ist im IV. Quartal von 40% auf 44% gestiegen, während der Anteil der Scheckeinlagen von 57% auf 54% zurück-

ging. Diese Entwicklung hat zumindest teilweise konjunkturelle Ursachen. Mit dem Übergreifen der Konjunktur von den Investitionsgüter- auf die Konsumgütermärkte und dem stärkeren Partizipieren der Unselbständigen am wachsenden Sozialprodukt benötigt die Wirtschaft mehr Bargeld, das sie sich teilweise durch Abhebungen von Scheckkonten beschafft. Den Kreditinstituten fließt in der Hochkonjunktur von jedem zusätzlichen Kredit ein viel kleinerer Teil in Form zusätzlicher Scheckeinlagen wieder zu, als in den ersten Phasen des Konjunkturaufschwunges. Sie sind daher in hohem Maße auf die Unterstützung der Notenbank angewiesen und müssen ihre Ausleihungen stark einschränken, wenn dem Geldmarkt — etwa durch Devisenverkäufe der Nationalbank — Notenbankgeld entzogen wird.

Die Anspannung des Geldmarktes konnte bisher auch durch eine betont vorsichtige *Kreditpolitik* nicht wesentlich gemildert werden. Das kommerzielle Kreditvolumen ging im November um 196 Mill. S zurück und stieg im Dezember trotz saisonbedingt hohen Kreditansprüchen nur um 22 Mill. S (in den gleichen Monaten des Vorjahres hatte die Kreditausweitung 333 Mill. S und 707 Mill. S betragen). Die Kreditinstitute sind sichtlich bemüht, die neuen kreditpolitischen Vereinbarungen — wie strikte Einhaltung des Kreditplafonds, Kürzung der Kreditzusagen um 10% — zu erfüllen und gewähren daher nur sehr zögernd neue Kredite. Die zurückhaltende Kreditpolitik verbessert jedoch nicht im vollen Umfang die Liquidität der Kreditinstitute, da mit dem Abstoppen der Kreditexpansion auch die bisher durch zusätzliche Kredite geschaffenen neuen Einlagen wegfallen. Der restriktive Effekt der passiven Zahlungsbilanz und die konjunkturbedingte Umschichtung im Geldvolumen wirken sich daher voll auf die Entwicklung der Einlagen aus. Die gesamten Spar- und Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten sind im November und Dezember um 691 Mill. S und 765 Mill. S zurückgegangen. Das sind bei weitem die stärksten monat-

lichen Abnahmen der Einlagen seit dem Währungsschutzgesetz.

Die Entwicklung war allerdings bei den einzelnen Gruppen von Instituten sehr verschieden. Während die Postsparkasse im Dezember 721 Mill. S Einlagen verlor (ohne Zwischenbankgelder), erhielten die dem Bankenabkommen unterliegenden Institute 189 Mill. S neue Mittel. Da die Banken überdies ihre Kredite einschränkten — ihr kommerzielles Kreditvolumen sank im Dezember um 107 Mill. S und das auf das Kreditabkommen anrechenbare Kreditvolumen sogar um 322 Mill. S —, erhöhten sich die Netto-Unterschreitungen des Kreditplafonds von 293 Mill. S auf 726 Mill. S. Gleichzeitig stieg ihre Primärliquidität von 15'5% auf 19'6%. Die unterschiedliche Entwicklung der Einlagen geht hauptsächlich darauf zurück, daß die öffentlichen Körperschaften und vor allem der Bund gegen Jahresende saisonbedingt hohe Defizite hatten und daher größere Beträge von ihren hauptsächlich bei der Postsparkasse konzentrierten Scheckkonten abziehen mußten. Ein Teil der von der Postsparkasse abgezogenen öffentlichen Mittel schlug sich bei den Banken in Form zusätzlicher Einlagen nieder. Diese durch den Saisonrhythmus der öffentlichen Finanzgebarung bewirkten Verschiebungen innerhalb des Kreditapparates werden sich erfahrungsgemäß Anfang 1956 wieder weitgehend ausgleichen.

Jedenfalls sind die Möglichkeiten des Kreditapparates, zusätzliche Kredite zu gewähren und Wertpapieremissionen ganz oder teilweise zu übernehmen, weiterhin sehr begrenzt. Auch das Wertpapiersparen des breiten Publikums und die Lebensversicherungen werden trotz Fortschritten in den letzten Jahren als Kapitalquellen nicht sehr ergiebig sein. Unter diesen Umständen wird der Geld- und Kapitalmarkt die mannigfachen Finanzierungsansprüche, die vielfach bereits zu Jahresbeginn von wichtigen Bereichen der Wirtschaft angemeldet wurden, voraussichtlich nur teilweise befriedigen können.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Das Passivum der laufenden Zahlungsbilanz und die Vereinbarungen über die Kreditrestriktion ließen gegen Jahresende die *Geldmenge* zurückgehen. Im November und Dezember verminderte sie sich um 866 Mill. S und 171 Mill. S, während sie in den gleichen Monaten des Vorjahres noch um 356 Mill. S und 523 Mill. S gestiegen war. Der Rückgang im Dezember war überwiegend aus Saisonsgründen gering. Remunerationszahlungen, Abhebungen von Sparkonten und die „Sonderzahlung“ brachten 645 Mill. S Noten und Münzen zusätzlich in Umlauf. Dagegen wurden von Scheckkonten 692 Mill. S abgezogen und die zur Geldmenge gerechneten Giroguthaben bei der Nationalbank verringerten sich um 123 Mill. S. Auch im Jänner 1956 ist die Geldmenge wahrscheinlich weiter zurückgegangen, denn der Notenumlauf sank um 346 Mill. S und die Giroguthaben gingen um 82 Mill. S zurück.

Der Devisenabgang der Nationalbank betrug im Dezember und Jänner netto 315 Mill. S und 63 Mill. S, um 61 Mill. S und 7 Mill. S weniger als in den gleichen Vorjahrsmonaten. Das Defizit in der EZU sank im Jänner auf 10 Mill. \$ (ohne Berücksichtigung der Zahlungen, die die Nationalbank während des Monats zur Vorkonsolidierung leistete) gegenüber 13 Mill. \$ im Jänner 1955. Sehr stark verminderten sich die Guthaben ausländischer Kreditinstitute (die in die Nettodevisenbestände nicht eingerechnet werden), und zwar von Ende September bis Ende Jänner um 210 Mill. S.

Das kommerzielle Kreditvolumen nahm im Dezember nur um 22 Mill. S zu. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß sich der Bedarf an Investitionskrediten nicht so stark wie i. J. 1954 in den letzten Monaten des Jahres zusammenballte. Damals hatte sich das Kreditvolumen im Dezember um 707 Mill. S ausgeweitet. Vor allem aber wirkten sich die neuen kreditpolitischen Maßnahmen von November voll aus. Die Krediteinschränkung im Dezember wurde zwar ebenfalls wie bisher durch die Liquiditäts- und Kreditplafondsbestimmungen erzielt, am wirksamsten war aber wahrscheinlich die in den neuen Abkommen festgelegte Kürzung der Kreditzusagen um 10%. Die Aktienbanken und Bankiers¹⁾ schränkten ihre kommerziellen Kredite um 107 Mill. S ein. Die Kredite, die den Kreditrestriktions-Abkommen der Banken

unterliegen, wurden noch mehr (um 322 Mill. S) gedrosselt. Gleichzeitig ist der nicht ausgenützte Kreditplafond der Banken sprunghaft von 293 auf 726 Mill. S gewachsen, d. s. nur 68 Mill. S weniger als zu Jahresbeginn 1955, weil die Institute durch den Abbau der öffentlichen Guthaben beim Postsparkassenamt Einlagen gewinnen konnten. Dadurch konnten die Institute, die ihren Plafond überzogen hatten, leichter ihre Überschreitungen wieder abbauen, wie es in den Abkommen vorgesehen ist. Aber auch die Institute, die noch einen Spielraum hatten, vergrößerten ihn weiter. Die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute wuchs im Dezember von 15·5% auf 19·6%.

Ebenso wie die Banken schränkten auch die Kreditgenossenschaften ihre Kredite im Dezember ein (um 62 Mill. S). Bei den Sparkassen und Hypothekenanstalten hafteten dagegen 190 Mill. S Kredite mehr aus als im Vormonat, weil sie die zum Teil bis Jahresende anhaltende Bautätigkeit finanzierten.

Der Geldmarkt entspannte sich saisongemäß im Jänner. Da die Kreditinstitute zum Jahresende meist hohe Guthaben bei der Nationalbank hielten, um in der Bilanz eine hohe Liquidität ausweisen zu können, konnten sie im Jänner mit diesen Guthaben ihre Schulden tilgen. Sie lösten 242 Mill. S Handelswechsel und 385 Mill. S Schatzscheine zurück, ihre Lombarddarlehen verringerten sich um 140 Mill. S, ihre freien Giroguthaben um 759 Mill. S auf 853 Mill. S, d. s. 3·4% der Scheck- und Spareinlagen zu Jahresende.

Von *Sparkonten* wurden im Dezember netto 73 Mill. S abgehoben, gegen 16 Mill. S im Dezember 1954. Da das Sparbegünstigungsgesetz Ende 1955 abließ, wurden noch relativ viele Spareinlagen auf drei Jahre gesperrt, um die Vorteile auszunützen. Es dürften aber überwiegend keine Neueinlagen, sondern schon bestehende Spareinlagen gesperrt worden sein. Der Umfang der steuerbegünstigten Einlagen ist gering. Vom gesamten Spareinlagenstand von fast 10 Mrd. S dürften Ende 1955 rd. 130 Mill. S (etwa 1·3%) auf steuerbegünstigte Einlagen entfallen sein.

Der Ablauf der steuerlichen Sparbegünstigung verstärkte auch die Nachfrage nach Pfandbriefen und Kommunalobligationen, deren Kauf mit Bindung ebenfalls begünstigt war. Trotz den Emissionsbeschränkungen konnten 71 Mill. S dieser Papiere abgesetzt werden.

Die Aktienkurse stiegen weiter. Von Mitte Dezember bis Mitte Jänner konnten Industrieaktien im Durchschnitt Kursgewinne von 6% erzielen.

¹⁾ In dieser Gruppe ist auch die Genossenschaftliche Zentralbank A. G. statistisch erfaßt, die volkswirtschaftlich gesehen zu den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften gezählt werden müßte,

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Preise und Löhne blieben im Jänner ziemlich stabil. Abgesehen von einer leichten Verteuerung der Kohle änderten sich die Letztverbraucherpreise kaum.

Die Neuregelung des Milchpreises steht noch bevor, doch läßt sich bereits absehen, daß sie die Verbraucher direkt nur wenig belasten wird. Auch bei Löhnen und Gehältern war der Auftrieb sehr gering. Außer dem Gastgewerbe setzten nur kleinere Gruppen neue Forderungen durch. Die etwas nervöse Preis- und Lohnstimmung der letzten Monate hat sich wieder beruhigt.

Die Preise auf den *Weltmärkten* entwickelten sich im Jänner uneinheitlich: während die Preiskonjunktur auf den Eisen- und Kohlemärkten anhielt, wurden Kautschuk und verschiedene NE-Metalle billiger. Ihre Preise, die noch Ende 1955 sehr fest notierten, gingen vor allem deshalb zurück, weil die Produktion der amerikanischen und britischen Autoindustrie eingeschränkt wurde. Da die weitere Konjunkturentwicklung im allgemeinen optimistisch beurteilt wird, hörte die Abwärtsbewegung gegen Ende Jänner wieder auf. Die Märkte für Genußmittel (Kaffee, Kakao) blieben hingegen infolge der hohen Ernteüberschüsse weiterhin ziemlich schwach.

Auf den *Inlandsmärkten* spiegeln sich zum Teil die Weltmarkteinflüsse wider. Der Preis für Ruhrkohle, die schon im Vorjahr nur in knappen Mengen geliefert und mehrmals verteuert wurde, ist ab 1. Jänner neuerlich gestiegen. Da ab 15. Jänner auch die Ausnahmetarife der Österreichischen Bundesbahnen für ausländische Kohle, Roheisen, Erze, Düngemittel, Graphit und Schafwolle aufgehoben oder eingeschränkt wurden — die Mehreinnahmen von 30 Mill. S sollen die „Sonderzahlung“ an die öffentlich Bediensteten wenigstens zum Teil einbringen —, haben sich auch die inländischen Transportkosten für Auslandskohle um 11% erhöht. Für den Hausbrand verteuerte sich polnische Steinkohle um 1 bis 2% und Ruhrkohle um 6%.

Die Hausse auf den internationalen Buntmetallmärkten — die allerdings im Jänner wieder nachgelassen hat — wirkt sich nun auch auf die Inlandspreise aus. Die amtlichen Höchstpreise für Kupfer, Blei und Zink wurden ab 1. Jänner um 5 bis 7% erhöht.

Der Holzmarkt hat sich dagegen — ebenfalls auf Grund der Entwicklung auf den Weltmärkten — weiter entspannt. Da die ausländischen Holzpreise im Vorjahre stark gesunken sind, hat sich der Anreiz, die Ausfuhr von Holz auf Kosten des Inlandsabsatzes zu forcieren, beträchtlich vermindert. Die Holzpreise

sanken aus verschiedenen Gründen. England konnte im Jahre 1955, nach längerer Stockung wegen des kanadischen Holzarbeiterstreiks, wieder Holz aus Kanada beziehen und benötigte weniger skandinavisches Holz. Dadurch erwuchs dem österreichischen Holzexport eine verstärkte skandinavische Konkurrenz auf dem europäischen Kontinent. Dazu kamen noch billige russische Lieferungen, während sich der westdeutsche Importbedarf infolge großen Anfalles an Windwurfholz verminderte. Die verringerte Aufnahmefähigkeit des deutschen, aber auch des holländischen Marktes ermöglichte ein hohes österreichisches Holzangebot in Italien. Infolge des Angebotdruckes und billiger osteuropäischer Offerte haben sich aber in jüngster Zeit auch dort die Preise abgeschwächt.

Die Preise für Kalbfelle hingegen ziehen wegen des knappen Angebotes an. Bei verschiedenen Lederwaren, zum Teil auch bei Schuhen, ist daher die Preistendenz leicht steigend.

Die Preise für Lebensmittel blieben ziemlich stabil. Der Wiener Schweinemarkt wurde im Jänner so reichlich mit Inlandsvieh beschickt, daß erstmals seit Juli 1955 keine Importe notwendig waren. Die Preise für Schlachtschweine gaben leicht nach, die Rinderpreise haben sich dagegen nur wenig geändert. Gegenüber Jänner 1955 wurden im gewogenen Durchschnitt Schlachtschweine um 7%, Schlachtrinder um rund 5% billiger. Dennoch liegen die Letztverbraucherpreise für Schweinefleisch nur geringfügig unter dem Niveau von Jänner 1955, die für Rindfleisch teils noch darüber. Die Preise für Obst und Gemüse sind zum Teil niedriger als im Vorjahre. Die Eierpreise, die in den letzten Monaten relativ sehr hoch waren, gaben im Jänner nach: sie lagen Ende Jänner um rund 25% niedriger als zu Monatsbeginn.

Die Verhandlungen über die Neuregelung des Milchpreises sind noch nicht abgeschlossen. Entgegen den ursprünglichen Plänen wird die Preiserhöhung für die Letztverbraucher verhältnismäßig gering sein. Voraussichtlich wird der Produzentenpreis, der im Juli 1951 (5. Lohn- und Preis-Abkommen) mit 1.40 S je Liter festgesetzt worden war und im Sommer 1952 durch staatliche Subvention auf 1.60 S erhöht wurde, um weitere 30 Groschen hinaufgesetzt werden. Ferner wird eine Erhöhung der Molkerei- und Kleinhandelsspanne um 20 Groschen angestrebt; bisher betrug sie einschließlich verschiedener Ausgleichsbeträge 72 Groschen je Liter. Diese Verteuerung um insgesamt 50 Groschen je Liter wird voraussichtlich größtenteils aus öffentlichen Mitteln getragen werden. Die gegenwärtige staatliche Preisstützung von 20 Groschen je Liter beansprucht jährlich 240 Mill. S.

eine erhöhte Subvention von 70 Groschen würde den Fiskus 840 Mill. S kosten.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Index der Großhandelspreise* stieg im Jänner um 0·7%. Der Teilindex für Nahrungsmittel erhöhte sich um 1%, da der Rindfleischpreis um die Monatsmitte – dem Stichtag der Indexberechnung – etwas anzog und auch Gerste teurer wurde. Bei den Industriestoffen wurden die Verteuerungen einiger Buntmetalle um 5 bis 7% durch die fast 5%ige Verbilligung von Kautschuk teilweise aufgewogen, so daß der Teilindex der Industriestoffe nur um 0·4% stieg. Seit Jänner 1955 ist der Großhandelspreisindex um 2·3% gesunken; der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel lag um 7·1% unter, der für Industriestoffe um 4·5% über dem Vorjahresstand.

Der vom Institut berechnete *Index der Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchs-schema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) blieb im Jänner nahezu unverändert. Bei den Nahrungsmitteln hielten sich die leichten Verteuerungen (Wurst, Spinat) und die Verbilligungen (Eier, Rindfleisch, Marmelade, Äpfel) die Waage. Der Preis für Hausbrandkohle (Durchschnittspreis aus polnischer und westdeutscher Kohle) verteuerte sich um 3·5%, wodurch der Teilindex für „Beheizung und Beleuchtung“ um 1·3% stieg. Auch der Aufwand für Wohnungsmiete stieg infolge Erhöhung des Reinigungsgeldes um knapp 2%. Der Gesamtindex erhöhte sich um 0·2% und lag um 1·3% über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Der Lebenshaltungskostenindex lag im Jänner 1956 knapp (–0·2%) unter dem Niveau von Jänner 1952 – dem Zeitpunkt, in dem die Geldwertstabilisierung begann. Er war wohl höher als in jedem Monat des Jahres 1955; schaltet man jedoch die Saisonbewegung bei Spinat, Äpfeln, Eiern und Kartoffeln aus, so lag er etwas niedriger als in den Monaten August bis Dezember 1955.

Einige Arbeitnehmergruppen konnten ab Jänner ihre *Löhne und Gehälter* verbessern. Im Wiener Gastgewerbe wurde eine neue Lohnordnung vereinbart, wodurch die Garantie- und Festlöhne um 5 bis 10% erhöht wurden; viele Arbeitnehmer des Gastgewerbes hatten jedoch bereits vorher höhere Effektivbezüge. Im oberösterreichischen Gastgewerbe stiegen die Lohnsätze um 4%, in Salzburg und Tirol um 3%.

Die Löhne im Schuhmachergewerbe wurden ab 1. Jänner um 4% erhöht. Ferner stiegen die Stundenlöhne im Wachdienstgewerbe um 13 bis 16%. Auch einzelne Gruppen von Lebensmittelarbeitern konnten ihre kollektivvertraglichen Löhne verbessern.

Weiters wurden die Forstarbeiterlöhne erhöht: der Facharbeiterlohn stieg von 6·10 S auf 6·80 S. Auch in anderen Lohnkategorien, sowie für Sägearbeiter in forsteigenen Sägen, wurden Verbesserungen erzielt. In verschiedenen Bundesländern wurden einmalige Sonderzahlungen für Gutsarbeiter in Höhe von 160 bis 180 S durchgesetzt.

Auch einige Angestelltengruppen erhielten Gehaltserhöhungen: die Gehälter der Versicherungsangestellten wurden ab 1. Jänner um 10% erhöht, als erste Etappe einer größeren Gehaltsregulierung. Die Gehälter der Angestellten in Raiffeisenkassen und Kreditgenossenschaften stiegen um 3 bis 4%.

Durch die Erhöhung des Werbungskostenpauschales – es wird von der Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer abgesetzt – von monatlich 221 S auf 247 S werden die Nettozüge generell leicht erhöht. Bei höheren Lohn- und Gehaltseinkommen wurde dieser Effekt jedoch durch die Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage für die Beiträge zur Pensions- und Unfallversicherung von 2.400 S auf 3.600 S (laut ASVG) bei weitem überkompensiert.

Der Index der *Arbeiternettotariflöhne in Wien* (für verheiratete Arbeiter mit zwei Kindern) wurde für Dezember rückwirkend korrigiert. Die tatsächliche Steigerung von November auf Dezember betrug 3·5% (ohne Kinderbeihilfe) und 3% (mit zwei Kinderbeihilfen). Seit Ende 1954 hat sich der Index um 5·4% bzw. 4·5% erhöht. Im Jänner 1956 blieb er unverändert, da die Lohnsteuersenkung durch Erhöhung des Werbungskostenpauschales bei dem niedrigen Niveau der kollektivvertraglichen Lohnsätze nicht ins Gewicht fällt.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Die *Wintersaaten* liegen seit 27. Jänner unter einer Schneedecke gut geschützt, so daß selbst bei strengem Frost keine größeren Schäden zu befürchten sind. Auf 44.946 ha erntete die Landwirtschaft, wie der Österreichische Rübenbauernbund bekanntgab, 1·47 Mill. t *Zuckerrüben*. Bei einer um 4% größeren Saatfläche lag der Hektarertrag demnach um 2% und der Gesamtertrag um 5% über dem Vorjahr. Der Produzentenpreis wird voraussichtlich nur 33·60 S je q betragen gegen 36·10 S und 38·40 S in den Wirtschaftsjahren 1954/55 und 1953/54, weil der Zuckergehalt der Rüben niedriger und der Lagerverlust infolge der längeren Rübenkampagne höher war. Da der Zuckerverbrauch steigt, kann der Rübenbau noch ausgeweitet werden. Die Landwirtschaft empfiehlt den Bau einer neuen Zuckerfabrik in Hollabrunn, Niederösterreich, um die Mehrproduktion

rationell verarbeiten und die Lagerverluste verringern zu können. Der anfallende Rohzucker soll in bereits bestehenden Anlagen raffiniert werden.

Im Dezember 1955 brachte die Landwirtschaft um 50% mehr *Brotgetreide* (Weizen + 78%, Roggen + 19%) als im Dezember 1954 auf den Markt. Damit lag die Marktleistung im 2. Halbjahr um 24% (Weizen + 34%, Roggen + 8%) über dem Vorjahr, sie war im Vergleich zu 1953 jedoch um 4% niedriger (Weizen + 9%, Roggen - 21%). Nur in Wien, Niederösterreich und im Burgenland wurde mehr Roggen (+ 17%) als im Vorjahr aufgebracht, in Oberösterreich dagegen um 18% und im übrigen Bundesgebiet um 4% weniger. Bei Roggen mußte die Ausmahlung mit 1. November infolge zu hoher Feuchtigkeit des Korns von 76% auf 74% herabgesetzt werden. Gleichzeitig wurde der Vermahlungszuschuß im Rahmen des Mühlenausgleiches von 57'45 S je 100 kg auf 58'64 S erhöht.

Verkauf von Brotgetreide im 2. Halbjahr 1955

	Weizen	Roggen	Insgesamt	Weizen	Roggen	Insgesamt
				± gegenüber 2. Hj. 1954 in %		
Wien, Niederösterreich und Burgenland . . .	183.740	92.624	276.364	+33	+17	+27
Oberösterreich	29.924	19.872	49.796	+38	-18	+8
Übrige Bundesländer . .	9.815	5.033	14.848	+46	-4	+24
Osterreich insges.	223.479	117.529	341.008	+34	+8	+24

Q: Getreideausgleichsfonds.

Zu Jahresende hielten Mühlen und Handelsfirmen nach vorläufigen Angaben um 4.000 t (2%) mehr Inlands- und Auslandsweizen und -roggen auf Lager als Ende 1954, jedoch um 123.000 t (39%) weniger als Ende 1953. An ausländischem Futtergetreide war die doppelte, an *Kleie*, *Futtermehl* und *Ölkuchen* die eineinhalbfache Menge vom letzten Jahr vorrätig.

Die Landwirtschaft lieferte im Dezember und im Jänner (Schätzung) um 4% mehr *Milch* als im Vorjahre an die Molkereien. Im Dezember wurden um 5% mehr Butter und um 18% mehr Käse erzeugt. Die Marktleistung 1955 liegt nach vorläufigen Angaben bei Milch und Butter um 1% und 6% unter und bei Käse um 6% über den entsprechenden Mengen von 1954.

Im Jänner kam aus dem Inland durchschnittlich pro Woche um 3% mehr *Fleisch* auf den Wiener Markt als im Dezember; das Angebot an Schlachtrindern erhöhte sich um 6%, das an Schweinen und Kälbern ging um 4% und 11% zurück. Obwohl das gesamte Fleischangebot — mit den Importen — um 7% abnahm (Rinder + 5%, Schweine - 16%, Kälber - 10%) waren die Großhandelspreise für Schlachtvieh leicht rückläufig. Schweine wurden um 7%, Rinder um 4 bis 6% und Kälber um 2 bis 4% billiger als im Jänner 1955 gehandelt.

Der Ausfuhrpreis für *Nadelschnittholz*, der von durchschnittlich 1.004 S je m³ im I. Quartal 1955 auf 1.037 S im III. Quartal gestiegen war, fiel im IV. Quartal auf 1.002 S. Die rückläufigen Exporterlöse haben die Holzmärkte im Inland fühlbar gespannt. Vorerst blieben die Preisrückgänge bei Schnittholz und Sägerundholz allerdings noch örtlich begrenzt. Der Preis für hartes Brennholz blieb fest.

Umschichtung in der landwirtschaftlichen Viehhaltung

Die Zählung vom 3. Dezember 1955 ergab, daß der Viehbestand Österreichs im Laufe des Jahres 1955 — in Großvieheinheiten gerechnet — um 1% auf 92'7% von 1938 zugenommen hat. Der Wert des Viehstocks zu Preisen 1954 erhöhte sich von 10'89 Mrd. S (Dezember 1954) auf 11'06 Mrd. S oder um 2%.

Die Entwicklung war bei den einzelnen Tierarten verschieden. Die Rinder-, Schweine- und Hühnerbestände nahmen um 2%, 5% und 2% zu, hingegen ging die Zahl der Pferde (- 4%), Schafe (- 8%), Ziegen (- 9%), Gänse (- 4%), Enten (- 4%) und Bienenvölker (- 2%) zurück. Die Wertänderung — zu konstanten Preisen — stimmt teilweise mit der zahlenmäßigen Veränderung nicht überein, da sich die Struktur der Bestände verschoben hat. So stieg der Wert des Rinderbestandes nur um 1%, der des Schweinebestandes hingegen um 6%; der Wert des Geflügels stieg insgesamt um 1%.

Die Haltung von Pferden, Ziegen und Schafen nimmt schon seit Jahren ab, während die Schweine- und Geflügelzucht ausgeweitet wird und der Rinderbestand stabil bleibt. Manche Tierbestände sind bereits viel kleiner als in der Vorkriegszeit (Ziegen 73%, Schafe 81%, Bienenstöcke 70% von 1938), andere dagegen größer (Schweine 102%, Enten 121%, Gänse 142% von 1938); der Pferdebestand wurde seit 1948 um 17% auf 96% von 1938 abgebaut, der Rinderbestand dagegen um 11% auf 91% aufgestockt. Diese Umschichtung in der Viehhaltung scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Die fortschreitende Motorisierung läßt den Bedarf an Zugvieh in der Landwirtschaft weiter zurückgehen, andererseits wird sich die Nachfrage bei steigendem Einkommen noch mehr auf qualitativ hochwertige Fleischsorten (Fleisch von jungen Mastrindern, Kälbern, Schweinen, Mastgeflügel) und Eier verlagern.

Die *Pferdezucht* erhielt im Jahre 1955 durch anziehende Pferdepreise neue Impulse. Es gab Ende des Jahres zwar weniger Fohlen (- 3%), Jungpferde (- 10%) und Arbeitspferde (- 3%), doch wurden wieder 23.911 Stuten gedeckt gegen nur 21.445 im Jahre 1954. Bemerkenswert ist, daß die Zucht des

Warmblutpferdes abgenommen und die des Haflingerpferdes zugenommen hat: Vor dem Kriege waren 12% der gedeckten Stuten Warmblut, 5% Haflinger und 83% Kaltblut, im Jahre 1955 6% Warmblut, 12% Haflinger und 82% Kaltblut. Warmblutpferde wurden hauptsächlich im Flachland Niederösterreichs (Marchfeld) gezüchtet. Dort verdrängt jedoch der Traktor das Pferd immer mehr. Nach Ansicht des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sollten jährlich 20.000 bis 25.000 Fohlen anfallen, um die Nachwuchsproduktion sicherzustellen und die Nachfrage nach Schlachtfohlen zu decken.

Stuten, Fohlen und Jungpferde

Jahr	Gedeckte Stuten ¹⁾	Fohlen	Jungpferde	
			1—2 Jahre	2—3 Jahre
			Stück	
1938	30.000	12.735	12.052	12.297
1950	40.000	21.287	21.888	20.448
1953	23.200	11.361	11.666	15.657
1954	21.445	9.686	9.414	11.530
1955	23.911	9.407	8.717	10.202

Q: Österr. Statistisches Zentralamt, Dezemberzählung. — ¹⁾ Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

Bei Rindern haben die Bestände an Kälbern (+ 2%) und Jungvieh (+ 8%) seit Dezember 1954 zugenommen, während die Zahl der Kalbinnen, Ochsen und Stiere (über 2 Jahre) zurückging (— 5%) und die der Kühe fast unverändert blieb. Besonders stark hat sich die Struktur des Rinderbestandes gegenüber 1938 geändert: Es gab um 14% mehr Kälber, um 5% weniger Kühe, um 8% weniger Jungvieh, um 23% weniger Kalbinnen und um 42% weniger Ochsen und Stiere.

Eine verstärkte Aufzucht war im Jahre 1955 notwendig, teils um die Verluste, die durch die Tbc-Tilgungsaktion entstanden sind, wettzumachen und teils, weil man mehr Jungrinder als in den Jahren vorher mästete. Da die Nachfrage nach jungen Schlachtrindern anhält, werden weiterhin verhältnismäßig wenig Schlachtkälber auf die Märkte kommen und die Kälberpreise fest bleiben.

Rinderbestand

Jahr	Kälber bis 3 Monate	Jungvieh bis 2 Jahre	Kalbinnen, Ochsen, Stiere über 2 Jahre 1.000 Stück	Kühe	Rinder insgesamt
1938	166	773	379	1.261	2.579
1950	168	683	285	1.145	2.281
1953	165	680	272	1.183	2.300
1954	185	663	257	1.199	2.304
1955	189	714	244	1.199	2.346

Q: Österr. Statistisches Zentralamt, Dezemberzählung.

Das Ergebnis der Rinderzählung überraschte insofern, als im Jahre 1955 mit einem stärkeren Rückgang bei Milchkühen gerechnet wurde. Dies nicht nur wegen des niedrigen Erzeugerpreises für Milch, son-

dern auch als Folge der Tbc-Aktion. Tatsache ist, daß die Gutsbetriebe die Milchwirtschaft zugunsten der ertragreicheren Rindermast eingeschränkt haben; nicht selten wurde die Rinderhaltung im ganzen reduziert oder überhaupt aufgelassen. Da diese Betriebe je Flächeneinheit aber immer schon verhältnismäßig wenig Vieh hielten, werden die Veränderungen in den nach Bundesländern zusammengefaßten Zählungsergebnissen kaum sichtbar.

Mit 317.435 Zugvieheinheiten verfügte die Landwirtschaft Ende 1955 über einen um 4% und 17% geringeren Zugviehbestand als in den Jahren 1954 und 1938. Gleichzeitig wurde der Einsatz von Traktoren vervielfacht. Der Abbau des Zugviehs vollzieht sich aber im Vergleich zur Motorisierung noch zu langsam. Vor allem sind es die kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe, die neben dem Traktor noch Pferde halten. Dies ist jedoch unwirtschaftlich und führt zu erhöhten Betriebsausgaben und verminderten Einkommen¹⁾.

Zugviehbestand

Jahr	Arbeitspferde über 3 Jahre	Zugochsen über 2 Jahre	Zugkühe Stück	Zugvieheinheiten ¹⁾
1938	209.471	180.154	276.600	384.252
1950	219.402	131.914	282.212	360.661
1953	220.299	113.853	268.176	346.319
1954	214.780	103.710	254.983	331.356
1955	207.288	95.867	250.027	317.435

Q: Österr. Statistisches Zentralamt, Dezemberzählung. — ¹⁾ 1 Zugvieheinheit = 1 Arbeitspferd oder 1 1/4 Zugochsen oder 6 Zugkühe (bei Kühen Halbtagsarbeit).

Der Schweinebestand war mit 2,93 Mill. Stück um 5% größer als im Vorjahr und um 2% höher als im Jahre 1938. Gegenüber Dezember 1954 gab es mehr Mastschweine (+ 12%) und Jungschweine (+ 2%), gleich viel Ferkel und weniger trächtige Sauen (— 4%). Die Bestände waren Ende 1955 in fast allen Bundesländern größer als im Vorjahr, nur in der Steiermark blieben sie gleich hoch. Vor dem Kriege entfielen 86% auf Ferkel, Jungschweine und Mastschweine, zuletzt 91%. Die Verringerung des Anteils der Zuchttiere von 14% auf 9% ist das Ergebnis erfolgreicher Züchtung. Es gelang, den Ferkelanstieg je Sau zu steigern, die Wurffolge zu beschleunigen und die Aufzuchtverluste herabzusetzen.

Der Bestand an tragenden Sauen stieg von September bis Dezember 1955 saisongemäß um 8%, der saisonbereinigte Index der Sauenzulassungen (96, Dezember 1954 = 100) blieb daher unverändert. In Niederösterreich und Wien zählte man um 10% und

¹⁾ Vgl.: Gurtner O., „Motorisierung ja, aber richtig“, herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Wien 1955.

in Vorarlberg um 11% weniger trächtige Sauen als Ende 1954, in der Steiermark um 9% mehr. In den Monaten September, Oktober, November sind um

Bestand an trächtigen Sauen

	1954 Dezember	März	1955 Juni Stück	September	Dezember
Effektiv	134.039	150.859	146.832	119.398	129.152
Saisonbereinigt	145.600	135.689	131.605	140.171	140.291
Index...	100	93	90	96	96

28.463 (5%) Ferkel weniger als in den gleichen Monaten des Vorjahres aufgezogen worden, weil der Umfang der Sauenhaltung um etwa 3% kleiner und das *Aufzuchtergebnis* (Ferkelzugang je Sau) um 2% ungünstiger war. Im Dezember wurden jedoch wieder etwas mehr Ferkel als vor Jahresfrist gezählt.

Ferkelzugang

	1951	1952	1953 September—November Stück	1954	1955
Insgesamt	391.644	543.227	404.910	612.062	583.599
Je trächtige Sau	3'54	4'59	4'19	5'00	4'89

Die Zahlen der gewerblichen Schweineschlachtungen (357.945) und der Hausschlachtungen (159.463) bertrafen in den Monaten September, Oktober, November die Voraussagen (330.000 bis 340.000, 145.000), weil mehr Tiere mit geringeren Lebendgewichten auf die Märkte kamen und dem Eigenverbrauch zugeführt wurden. Doch wird diese Vorwegnahme des Angebotes den Schlachtschweineanfall in den Wintermonaten voraussichtlich nicht vermindern. Auf Grund der hohen Mastschweine- und Jungschweinebestnde dürfen den Märkten im Dezember, Jänner und Februar sogar 55.000 bis 75.000 Schweine mehr zur Verfügung stehen als im letzten Winter. Falls man die Schlachtgewichte durch eine geringere Ausmstung weiter herabsetzt oder (und) weniger Schweine für den Eigenbedarf schlachtet, wird sich die Marktversorgung noch günstiger gestalten als erwartet. Die Fleischversorgung von März bis November 1956 wird von jener im Jahre 1955 nur

Anfall von Schlachtschweinen in sterreich¹⁾

	Dez.—Februar ²⁾	März—Mai	Juni—August	Sept.—Nov.
			1.000 Stück	
Schlachtungen insgesamt				
1954	880	477	379	445
1955	849	521	436	517
1956	920—940	515—535	430—450	500—520
1957	870—890	540—560		
Gewerbliche Schlachtungen				
1954	318	366	335	301
1955	305	398	386	358
1956	360—380	390—410	380—400	345—365
1957	320—340	415—435		

¹⁾ Mit Ausfuhr; Prognosen kursiv gedruckt. — ²⁾ Dezember jeweils vom Vorjahr.

geringfügig abweichen; wenn der Umfang der Sauenzulassungen weiterhin gleich bleibt, werden in den Wintermonaten 1956/57 voraussichtlich etwas weniger, in den Frühjahrsmonaten 1957 hingegen etwas mehr Schlachtschweine als im Jahre vorher angeboten werden.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Bis Jahresende konnte der Energiebedarf der sterreichischen Wirtschaft reibungslos gedeckt werden. Die Elektrizitätsversorgung mußte allerdings in den Spitzenzeiten alle verfügbaren Reserven einsetzen. Nur wenn die Wasserführung überdurchschnittlich zurückgeht, befürchtet man Störungen im Verbundbetrieb.

Im Jahre 1955 hat der inländische Stromverbrauch rascher zugenommen als die Erzeugung und etwa ein Fünftel des Verbrauchszuwachses mußte durch höhere Importe ausgeglichen werden; der Stromexport blieb praktisch unverändert. Die gegenwärtig im Bau befindlichen Kraftwerke würden eine ähnlich hohe Zuwachsrate des Verbrauches nur noch in den beiden nächsten Jahren decken können.

Im Dezember war die gesamte Stromerzeugung in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung mit 656 Mill. kWh geringfügig höher als im November und um 8% höher als im Dezember 1954. Mehr als ein Drittel (38%) der Gesamterzeugung mußten die Dampfkraftwerke beistellen, weil die Wasserkraftwerke weniger erzeugten als saisonüblich. 82% des kalorischen Stromes konnten aus heimischen Energieträgern (Braunkohle, Erdgas, Heizöl) gewonnen werden. Da die laufenden Kohlenlieferungen den Verbrauch nicht mehr deckten, nahmen die Lagerbestände bei den Dampfkraftwerken auch im Dezember wieder ab. Ende des Monats waren sie mit 155.000 t (SKB) um 25.000 t niedriger als ein Monat vorher und um fast 20.000 t geringer als im Dezember 1954. Dagegen waren die Vorräte an Heizöl mit fast 20.000 t rund dreimal so hoch wie im Vorjahre.

Auch im Dezember wurde wieder mehr Strom importiert als exportiert. Die Einfuhr von 46 Mill. kWh (davon 12 Mill. kWh für den Betrieb von Speicherpumpen) kam bis auf 2 Mill. kWh aus Westdeutschland. Die Ausfuhr erreichte nur 35 Mill. kWh (im Vorjahre 53 Mill. kWh); davon gingen wieder 31 Mill. kWh nach Westdeutschland, der Rest nach der Tschechoslowakei und Italien.

Der inländische Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz erreichte 654 Mill. kWh und war damit um 14% höher als im Dezember 1954. Ein Teil dieses Verbrauchszuwachses ist allerdings darauf zurück-

zuführen, daß die Aluminiumhütte Ranshofen im heurigen Winter viel besser mit Strom versorgt wird als in früheren Jahren.

Der inländische *Braunkohlenbergbau* hat i. J. 1955 die Vorjahresleistung um 5% überboten. Gegen Ende des Jahres stieß er aber allmählich an die durch Vorräte und Anlagen gezogene Leistungsgrenze. Außerdem hemmten ihn technische Störungen. Im IV. Quartal war die Förderung deshalb nur noch geringfügig höher (um 0'5%) als im Vorjahre, obwohl zwei Sonntagsschichten pro Monat verfahren wurden.

Bei den Kohlenimporten konnte der Ausfall Westdeutschlands als Kohlenlieferant — i. J. 1955 lieferte Westdeutschland um 42% weniger Steinkohle nach Österreich als im Vorjahre — bisher durch vermehrte Importe aus den USA wettgemacht werden. Anfänglich war die amerikanische Kohle infolge niedriger Preise und Frachtraten sogar billiger als die europäische Kohle. Inzwischen sind aber die Transportkosten so stark gestiegen, daß amerikanische Kohle in Österreich wieder viel teurer als europäische kommt. Die Kohlenknappheit in Europa, vor allem in den traditionellen Lieferländern, läßt erwarten, daß auch i. J. 1956 bedeutende Einfuhren amerikanischer Kohle notwendig sein werden. Die Probefieferungen russischer Kohle eröffnen zwar neue Aussichten, doch wird sie wahrscheinlich nur einen kleinen Teil des österreichischen Importbedarfes decken können, weil die besonders dringend benötigten Sorten, vor allem Koks-kohle, nicht angeboten wurden.

Die niederösterreichischen Erdölreviere förderten i. J. 1955 insgesamt 3,666.000 t Rohöl und 766 Mill. m³ Erdgas. Davon entfielen 2'9 Mill. t auf das ertragreiche Revier Matzen-Bockfließ-Auersthal und 330.000 t auf Mühlberg. In Neusiedl und Zistersdorf wurden 138.000 t und 105.000 t und in Gösting 43.000 t gefördert. Gegen Ende des Jahres standen insgesamt 785 Erdölsonden in Betrieb.

Die Erdgasförderung, die dem Heizwerte nach annähernd 2'5 Mill. t Braunkohle entspricht, stammte zu mehr als der Hälfte — 426 Mill. m³ — aus reinen Erdgassonden (Trockengas), der Rest — 343 Mill. m³ — fiel bei der Erdölförderung an.

Der Absatz von Erdölprodukten hat sich i. J. 1955, von einigen Ausnahmen abgesehen, durchaus günstig entwickelt. Es wurde um ein Drittel mehr Benzin, um ein Viertel mehr Heizöl und mehr als ein Fünftel mehr Gasöl abgesetzt als i. J. 1954. Nur Petroleum wurde weniger verkauft. Der Gesamtabsatz an Erdölprodukten nahm um 24% zu und erreichte etwas mehr als 1'6 Mill. t.

Die starke Ausweitung des Absatzes kam den heimischen Raffinerien allerdings nur zu einem geringen Teil zugute. Von dem gesamten Verbrauchszuwachs von 310.000 t wurden 250.000 t durch zusätzliche Importe und nur 60.000 t aus der Inlandserzeugung beschafft. Das inländische Angebot hätte jedoch — Heizöl ausgenommen — die gesamte Nachfrage befriedigen können.

Der Mehrverbrauch an Benzin betrug gegenüber 1954 63.000 t. Da aber um 65.000 t mehr Benzin importiert wurde als i. J. 1954, ging der Absatz des inländischen Benzins sogar zurück. Selbst von Gasöl entfielen zwei Fünftel des Verbrauchszuwachses auf Importware, bei Schmieröl mehr als die Hälfte.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die Industrieproduktion hat im November, wie erwartet, zugenommen und einen neuen Höhepunkt erreicht. Der arbeitstägige Produktionsindex stieg gegenüber Oktober um 2% und war damit um 11% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Zunahme war allerdings etwas schwächer als saisonüblich, so daß der saisonbereinigte Produktionsindex nicht mehr den Rekordstand vom Oktober erreichte.

Wenn auch nicht zu erwarten war, daß die Industrieerzeugung bis Jahresende in dem gleichen Tempo steigen könne wie in den beiden ersten Monaten der Herbstsaison, so blieb doch die Expansion seit dem Sommer weit stärker, als man ursprünglich angenommen hatte. Besonders überrascht, daß das Schwergewicht der Produktionsausweitung weiter bei den Investitionsgüterindustrien liegt, deren Kapazitätsreserven man nur noch gering einschätzte, weil sie am stärksten unter Material- und Arbeitskräftemangel litten. Auch im November entwickelte sich die Produktion in den Konsumgüterindustrien schwächer, als saisonbedingt zu erwarten war, in den Investitionsgüterindustrien dagegen weit besser. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis November 1955 war die Produktion in den Investitionsgüterindustrien durchschnittlich um 18%, in den Konsumgüterindustrien nur um 8% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Expansion der Produktion seit dem Sommer wurde nur durch eine *neuerliche* Produktivitätssteigerung möglich. Im Sommer schien es noch, als ob die Produktivität kurzfristig kaum noch gesteigert werden könnte. Der Produktivitätsindex des Institutes nahm, wenn man Saisonbewegungen ausschaltet, seit dem Frühjahr nicht mehr zu und in den Monaten Juli und August lag er nur noch knapp (um 5%) über dem Vorjahre. Im Oktober und No-

vember aber betrug der Vorsprung schon wieder 7% und 6%. Gerade jene Industriezweige, in denen Arbeitskräfte knapp und nur noch minder qualifizierte Kräfte verfügbar waren (Eisen- und metallverarbeitende Zweige), konnten in der Herbstsaison die Erzeugung besonders stark ausdehnen. Die umfangreichen Investitionen i. J. 1955 — die Industrie hat durchwegs mehr investiert als im Jahre vorher — dienten also offenbar zu einem großen Teil Rationalisierungen.

Die *Bergbauproduktion* hält seit dem Frühherbst nur noch knapp den Vorjahresstand. Trotz dem guten Wetter, das die Obertagbetriebe begünstigte, war der Produktionsindex des Bergbaues im IV. Quartal nur noch um 1% höher als im Vorjahre, während er im Durchschnitt des 1. Halbjahres noch um 8% höher war. Die für die Entwicklung der Gesamtproduktion entscheidenden Kohlen- und Eisenerzbergbaue sind voll ausgelastet. Expansionsmöglichkeiten in kleineren, minder wichtigen Bereichen fallen für die Gesamtproduktion nicht ins Gewicht. Die weitere Vergrößerung der Roheisenkapazität durch den neuen Hochofen der Alpine in Donawitz wird auch den Erzbedarf steigern, weshalb im Laufe des Jahres 1956 auch die Eisenerzförderung von 8.200 t auf 9.300 t je Arbeitstag erhöht werden soll. Nach wie vor wird man aber rund ein Drittel des gesamten österreichischen Erzbedarfes (auf den Eisengehalt bezogen) durch Importe decken müssen. Die inländische Erzförderung konnte mit dem raschen Ausbau der Roheisenerzeugung seit dem Kriege bei weitem nicht Schritt halten. Während vor dem Kriege ein beträchtlicher Teil der Eisenerzförderung exportiert werden konnte, reicht derzeit die um 50% höhere Aufbringung nicht aus, weil die Roheisenerzeugung gleichzeitig auf das Vierfache gestiegen ist.

Die Produktivität (Produktion pro Beschäftigten) im Bergbau hat noch bis Mitte 1955 stärker zugenommen: im Durchschnitt des 1. Halbjahres war sein Produktivitätsindex noch um 8% höher als in der gleichen Vorjahreszeit. Da die Zahl der Beschäftigten praktisch unverändert blieb, konnte die Produktion nur durch höhere Produktivität gesteigert werden. Nach Mitte 1955 ist aber der Produktivitätszuwachs immer geringer geworden und im Durchschnitt des III. Quartales betrug der Vorsprung gegenüber dem Vorjahre nur noch knapp 2% und im Oktober und November nur noch etwas über 1%.

In der *eisenschaffenden* Industrie nahm trotz Vollbeschäftigung die Erzeugung bis Jahresende weiter leicht zu, weil die Ausnutzung der Anlagen doch immer wieder noch verbessert werden kann. Von Jän-

ner bis November war der Produktionsindex um 17%, die Produktivität um 9% höher als im Vorjahr.

Die gesamte Walzwarenerzeugung stieg in der gleichen Zeit um 21%. Die heimischen Kunden erhielten um 20% mehr, haben aber fast doppelt so viel bestellt, wie sie geliefert erhielten. Die Auftragsbestände der Kommerzeisenwerke stiegen gegen Jahresende auf eine bisher nie erreichte Höhe und waren sogar um die Hälfte größer als im Höhepunkt der Koreahausse.

Die anhaltende Haussestimmung auf dem europäischen Eisen- und Stahlmarkt — die Exportkonvention der Montan-Unionländer hat Anfang Jänner ihre Mindestpreise neuerlich erhöhen müssen, weil die tatsächlichen Preise den Mindestnotierungen nach wie vor weit vorauseilen — vergrößert die Preisspanne zwischen den österreichischen Werkspreisen¹⁾ und den Weltmarktnotierungen zusehends und läßt deshalb kaum erwarten, daß die überhöhten Bestellungen der heimischen Kunden in absehbarer Zeit abflauen oder gar storniert werden. Die eisenerzeugenden Werke werden daher auch i. J. 1956 damit rechnen müssen, daß sie weit mehr Aufträge erhalten werden, als sie tatsächlich ausliefern können.

Die überhöhten Bestellungen beeinträchtigen allerdings die Versorgung des Inlandsmarktes zusätzlich, weil die „spekulativen“ Aufträge und Käufe, die nur der Hortung dienen, von den Lieferanten nicht ohne weiteres zu erkennen sind und daher unter Umständen auf Kosten des „echten“ Bedarfes befriedigt werden.

In den Ländern der Montanunion wurden i. J. 1955 die Inlandspreise für Walzware durchwegs erhöht. Die Inlandspreise stiegen zwar weniger als die Exportpreise (diese wurden 1955 zehnmal erhöht und stiegen von Anfang 1955 bis Anfang 1956, je nach Sorte um 10% bis 28%), doch hat auch diese Erhöhung in der Regel ausgereicht, übermäßige Haussebestellungen zu dämpfen.

Der Index der *Metallhütten* blieb heuer in den Herbstmonaten ungewöhnlich hoch, weil die Aluminiumindustrie reichlich mit elektrischer Energie versorgt wurde und die Erzeugung nicht einschränken mußte. Im November wurden rd. 6.300 t Aluminium erzeugt, fast doppelt so viel wie im gleichen Monat des Vorjahres. Außerdem erreichte auch die Kupferproduktion mit etwas mehr als 1.100 t einen neuen Rekord.

¹⁾ Die österreichischen Werkspreise liegen zwar unter den ausländischen. Die vom Handel verrechneten Preise haben das ausländische Niveau aber teilweise erreicht, weil die Händler auch importierte Ware verkaufen.

Auch in der *Gießereiindustrie* war die Herbstsaison ungewöhnlich lebhaft. Am besten entwickelten sich die Eisengießereien, während die Leicht- und Schwermetallgießereien unter der Vorjahresproduktion blieben. Außer den unveränderten Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Gußbruch und Almetallen, unter denen die Gießereibetriebe schon seit dem Beginn der Konjunktur stark zu leiden haben, drohen nun auch Störungen in der Koksversorgung. Bisher lieferte die Kokerei Linz jährlich etwa 35.000 t Gießereikoks und deckte damit mehr als zwei Drittel des Bedarfes der Gießereien. Wegen Vergrößerung der Roheisenkapazität wollen die VÖEST in Zukunft nur noch Hochofenkoks herstellen. Da Gießereikoks auf dem Weltmarkt Mangelware ist, fürchten die Gießereien arge Versorgungsschwierigkeiten.

Der Index der *Fahrzeugindustrie* ist im November, nach der übersaisonmäßigen Belebung im Oktober (wegen des Rekordausstoßes des Pkw-Assembling), wieder gesunken. Einen neuen Höchststand erreichte nur die Traktorenerzeugung, während in den übrigen Sparten zumeist etwas weniger produziert wurde als in den Vormonaten. Ungewöhnlich hoch blieb die Nachfrage nach Motorfahrrädern (Mopeds), deren Erzeugung rasch zunimmt und im November mit fast 8.000 Stück höher war als im ganzen I. Quartal 1955.

In der *Maschinenindustrie* begann die Herbstsaison früher als in den Vorjahren. Trotz allen Klagen über Material- und Arbeitskräftemangel war das Herbstgeschäft ebenso gut wie im Vorjahr. Der Produktionsindex der Maschinenindustrie war in den Monaten September, Oktober und November 1954 und 1955 um 19% höher als jeweils ein Jahr vorher. Besonders stark stieg in den letzten Monaten die Produktion von Bergbau- und Hüttenmaschinen, Blechbearbeitungsmaschinen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie, Drehbänken, Waagen und Werkzeugmaschinen. Auch der Lokomotivbau, hauptsächlich für den Export, wurde stärker ausgeweitet.

Der Gesamtindex der Maschinenindustrie war von Jänner bis November 1955 um 19% höher als im Vorjahr und hat damit nach der Fahrzeug- und der Elektroindustrie am stärksten unter allen Industriezweigen zugenommen.

Auch die *Eisen- und Metallwarenindustrie* hat in der Herbstsaison die Produktion in vielen Sparten noch kräftig ausweiten können. In den besonders rohmaterialintensiven Zweigen, wie z. B. in der Draht- und Drahtwarenindustrie oder der Drahtstifte- und Schraubenindustrie, wird die Erzeugung durch die begrenzten Rohmateriallieferungen beeinträchtigt, so daß die Anlagen trotz reichlicher Exportnachfrage nicht voll ausgenützt werden können.

Die kleine, aber leistungsfähige *optische Industrie* ist mit einigen Spezialerzeugnissen im Export gut eingeführt. Die Erzeugung von Mikroskopen, die zum Großteil exportiert werden, wurde i. J. 1955 zwar gesteigert, die Absatzmöglichkeiten konnten aber nicht voll ausgenützt werden. Kapazitätserweiterungen müssen in dieser Sparte jahrelang vorbereitet werden, weil Facharbeiter nicht verfügbar sind und daher im eigenen Betrieb ausgebildet werden. Ein Betrieb, der früher zum USIA-Konzern gehörte, hat mit einer Kleinstbildkamera dank hoher Qualität auf den Auslandsmärkten Fuß gefaßt. Derzeit werden bereits vier Fünftel der Erzeugung exportiert.

Auch in der *Elektroindustrie* war die Herbstkonjunktur etwas stärker als im Vorjahre. Von September bis November produzierte sie um 17% mehr als im Vorjahr. Die Schwerelektroindustrie hat derzeit noch reichlich Exportaufträge und ist auch aus dem Inlande mit Arbeiten für den Ausbau der Kraftwerke, des Hochspannungsnetzes und der Elektrifizierung der Bahnen gut versorgt. Allerdings fürchtet man nicht nur einen Rückgang der privaten Investitionen, sondern auch der öffentlichen, weil die Mittel für den Energieausbau erschöpft sind und noch nicht feststeht, ob neue ausreichende Kapitalquellen erschlossen werden können.

In der *Baustoffindustrie* ist die Produktion im November saisonbedingt stark zurückgegangen, war aber trotzdem noch um 12% höher als im November 1954. Nur die Ziegelproduktion sank unter die des Vorjahres, weil die Produktionsbedingungen (schlechtes Wetter) besonders ungünstig waren.

Die Nachfrage nach Frühjahrslieferungen war schon vor Jahresende ungewöhnlich stark und läßt einen raschen Start der Baustoffindustrie erwarten. Während sich die Betriebe über den Absatz im 1. Halbjahr kaum Sorgen machen, sondern eher Lieferschwierigkeiten befürchten, beurteilen sie die Lage für das 2. Halbjahr vorsichtig. Die Auftragsbestände sind zwar hoch, können aber von den Bestellern jederzeit storniert werden. Da es auf den Baustellen fast nirgends nennenswerte Lager gibt, wird zwar das Frühjahrsgeschäft gut sein, wegen der starken Einschränkungen der öffentlichen Wohnbauförderung wird aber wahrscheinlich vor allem die Nachfrage nach den Hochbaustoffen später merklich abnehmen.

Der Index der *chemischen Industrie* ist im Oktober und November um 1% und 5% zurückgegangen. Das entspricht annähernd der normalen Saisonbewegung. Die Auftriebskräfte dürften sich weitgehend erschöpft haben. Unverändert stark sind sie nur in der Kautschukindustrie, wo die Nachfrage nach Kraft-

fahrzeuggesteuerungen weiter steigt. Die Erzeugung von Autoreifen wurde i. J. 1955 um 35% ausgeweitet, konnte damit aber nur knapp den steigenden heimischen Bedarf decken. Bis Ende 1956 soll daher die Kapazität neuerlich ausgebaut werden. Die dafür nötigen Maschinen und Anlagen können allerdings nur aus dem Ausland mit langen Lieferfristen (mehr als ein Jahr) bezogen werden. Die ausländische Konkurrenz ist, wenn man von den Bereifungen der importierten Kraftfahrzeuge absieht, nur gering, weil die Reifeneinfuhr kontingentiert ist und die Auslandsprodukte außerdem durch Zölle stark verteuert werden. Liberalisiert ist nur die Einfuhr von Reifen mit einem Stückgewicht über 100 kg (für Schwerlastwagen und sonstige Großfahrzeuge), weil diese im Inlande wegen des geringen Absatzes nicht rentabel erzeugt werden können.

Die *Papierindustrie* ist weiter voll beschäftigt. Die Produktion nimmt aber nur noch wenig zu, weil die Möglichkeiten zur Rationalisierung und Produktivitätssteigerung schon großteils ausgeschöpft sind. Vom I. bis zum III. Quartal 1955 hat die Produktion jeweils nur noch um 1 und 2% zugenommen, im IV. Quartal aber um 1% abgenommen. Im Jahresdurchschnitt war sie um 8% höher als im Vorjahr.

Die Papierindustrie beklagt sich darüber, daß die Zölle in ihren wichtigsten Absatzländern, z. B. in Deutschland, Italien, Großbritannien, Australien, Griechenland und Ceylon höher sind als in Österreich.

Die *Textilproduktion* erreichte in der Herbstsaison 1955 nur knapp den Vorjahresstand. Baumwoll- und Schafwollindustrie sind schlechter beschäftigt als im Herbst 1954. Im Oktober und November 1955 wurden um 9% weniger Baumwoll- und um 10% weniger Schafwollgewebe erzeugt als in den gleichen Monaten 1954. Auch in den meisten anderen Sparten, ausgenommen die Kunstseidenindustrie, blieb die Erzeugung unter der des Vorjahres.

Erheblich besseren Geschäftsgang meldet die *Bekleidungsindustrie*, die heuer um etwa 15% mehr absetzen konnte als i. J. 1954. Die Ausweitung des Umsatzes der Bekleidungsindustrie geht allerdings zum Teil auf Kosten der Maßschneiderei, deren Anteil am Gesamtabatz an Bekleidung strukturell zurückgeht.

Der Produktionsindex der *Nahrungs- und Genussmittelindustrie* stieg infolge der Zuckerkampagne stark an. Im November lag er um 7%, im Durchschnitt Jänner bis November um 8% über dem Vorjahre. In den einzelnen Sparten war die Entwicklung im Laufe des Jahres nicht einheitlich, weil sich die Nachfrage mit steigendem Lebensstandard teilweise

verlagerte. Vereinzelt dürfte auch die Liberalisierung von Nahrungsmitteln die Entwicklung der Produktion beeinflußt haben.

Besonders stiegen die Umsätze einzelner Spirituosenherzeuger, seit die Konkurrenz der USIA-Läden aufgehört hat. Diese Geschäfte verkauften nämlich früher die Produkte von zwei USIA-Likörfabriken — weil unversteuert — zu besonders niedrigen Preisen. Da die Qualität den Käuferwünschen nicht ganz entsprach, ist ihr Absatz allerdings schon in den letzten Jahren ständig zurückgegangen.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Die Einzelhandelsumsätze haben im Dezember nicht ganz den Saisonerwartungen entsprochen. Sie nahmen nur um 70% zu, im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1954 dagegen um 78%. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde nur noch um 8% übertroffen, gegen 15% im November. Im Durchschnitt der Monate November und Dezember waren die Mengenumsätze allerdings, ebenso wie im Oktober, um 10% höher als im Vorjahr.

Die Nachfrage war im Dezember vor allem deshalb schwächer, weil aus Angst vor Preissteigerungen viele Weihnachtseinkäufe schon im November besorgt worden waren. Die „Sonderzahlung“ aber hat sich erst im Jänner voll ausgewirkt.

Infolge des geringeren Geschäftsganges im Dezember waren die Mengenumsätze im IV. Quartal nur noch um 10% höher als im Vorjahr (im III. Quartal um 12%). Trotzdem war die Zuwachsrate noch immer höher als im 1. Halbjahr mit 9%. Im IV. Quartal sanken die Zuwachsraten bei Textilien, Möbeln und Wohnbedarf und insbesondere in der Gruppe „Sonstiges“.

Die Lagerdispositionen des Handels entsprachen großteils der schwächeren Umsatztätigkeit. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes nahmen die Wareneingänge fast durchwegs stärker ab oder weniger zu als im Dezember 1954. Auch die Warenbestellungen waren sehr vorsichtig. Da sich Wareneingänge und Bestellungen auch im November nur saisongemäß entwickelten, wurden die Lager im Dezember teilweise übersaisonmäßig abgebaut. Aus diesem Grunde war das Warenangebot bei den Saisonräumungsverkäufen im Jänner geringer als in den Vorjahren. Es wurden meist nur Restposten und der Mode nicht mehr ganz entsprechende Waren angeboten. Da die Konsumenten jedoch immer mehr Wert auf Qualität und modisches Aussehen legen, waren die Inventurverkäufe heuer im allgemeinen weniger erfolgreich als in früheren Jahren.

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

Branche	I.	1955 gegen 1953		IV.	I.	1955 gegen 1954		IV.
		II.	III.			II.	III.	
		Quartal				Quartal		
				Veränderungen in %				
Lebensmittel.....	+ 22'0	+ 25'8	+ 24'1	+ 31'2	+ 9'4	+ 10'0	+ 7'3	+ 8'5
Tabakwaren.....	— 5'7	— 3'1	+ 0'7	— 3'6	+ 16'9	+ 5'6	+ 9'3	+ 12'2
Textilien.....	+ 11'8	+ 15'7	+ 21'7	+ 25'1	+ 6'3	+ 5'0	+ 21'3	+ 16'1
Schuhe.....	+ 8'8	+ 23'5	+ 12'0	+ 34'2	+ 5'4	+ 13'4	+ 12'3	+ 12'5
Möbel und Wohnbedarf.....	+ 20'9	+ 34'2	+ 32'2	+ 25'9	+ 8'3	+ 7'5	+ 18'5	+ 13'1
Sonstiges.....	+ 19'6	+ 34'9	+ 31'3	+ 20'4	+ 9'9	+ 17'4	+ 22'4	+ 5'3
Insgesamt ...	+ 14'7	+ 20'4	+ 20'4	+ 23'6	+ 9'6	+ 9'2	+ 12'2	+ 10'4

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Die einzelnen Betriebsformen und Branchen schnitten im Dezember unterschiedlich ab. Der Geschäftsgang der Warenhäuser, der schon im November relativ schwach war, blieb hinter den Saison-erwartungen zurück. Die Umsätze nahmen um 48% zu, während sie in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 70% gestiegen waren. Dagegen konnten die Konsumgenossenschaften, deren Umsätze im Dezember der Jahre 1951 bis 1954 um durchschnittlich 38% zugenommen haben, ihre Erlöse von November auf Dezember 1955 um 43% erhöhen, obwohl auch das Novembergeschäft saisongemäß war.

Nach der außergewöhnlichen Belebung im November nahmen die Umsätze des *Lebensmitteleinzelhandels* im Dezember saisongemäß um 77% zu (im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1954 um 76%). Sie waren dadurch ebenso wie im November mengenmäßig um 11% höher als im Vorjahr (im Durchschnitt Jänner bis Oktober nur um 8%).

Auch die Verkäufe von *Tabakwaren* haben die Saison-erwartungen annähernd erfüllt. Sie nahmen von November auf Dezember um 22% zu (im Vorjahr um 23%, im Durchschnitt 1951 bis 1954 um 27%) und lagen wert- und mengenmäßig um 12% über dem Vorjahresstand. Das durch Vorratskäufe überhöhte Umsatzvolumen von Dezember 1953 wurde allerdings nicht erreicht (— 12%).

Die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* nahmen im Dezember ebenso wie im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1954 um 60% zu, obwohl sie schon im November übersaisonmäßig lebhaft waren. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde ebenso wie im November um 11% übertroffen.

Dagegen hat der Geschäftsgang des Einzelhandels mit *Textilien* etwas enttäuscht. Die Umsätze nahmen nur um 37% zu (im Dezember 1951 bis 1954 um durchschnittlich 65%) und waren wert- und mengenmäßig nur um 7% höher als im Vorjahr (von September bis November um durchschnittlich 24%). Am stärksten stiegen gegenüber November die Umsätze von Wäsche, Wirk- und Strickwaren, die Käufe von Konfektion und Meterware dagegen nahmen

nur wenig zu. Die Nachfrage nach Textilien, vor allem Winterware, war im Dezember auch vom milden Wetter stark beeinträchtigt. Die Textilumsätze blieben daher auch im Durchschnitt der Monate November und Dezember hinter den Saison-erwartungen zurück: sie waren um 21% höher als im Oktober, in den Jahren 1952 bis 1954 aber um durchschnittlich 30%.

Auch der Einzelhandel mit *Möbeln, Teppichen, Gardinen* belebte sich weniger als saisongemäß. Es wurde nur um 31% mehr verkauft als im November (im Durchschnitt 1951 bis 1954 um 40%) und mengenmäßig um 10% mehr als im Vorjahr (im November um 23%). Die Ausfälle im Dezembergeschäft sind jedoch durch den übersaisonmäßig lebhaften Absatz im November ausgeglichen worden: im Durchschnitt der Monate November und Dezember waren die Umsätze um 25% höher als im Oktober (in den Jahren 1952 bis 1954 um 22%) und mengenmäßig um 15% höher als im Vorjahr (im September und Oktober um 17%).

Die Verkäufe der unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen nahmen zwar um 132% zu, sie blieben jedoch damit beträchtlich hinter den Saison-erwartungen zurück (+ 167%). Die Mengenumsätze des Vorjahres, die in den Vormonaten um durchschnittlich 15% übertroffen worden waren, wurden im Dezember nicht ganz erreicht. Auch wenn man die übersaisonmäßig lebhaften Umsätze von November mit einschließt, hat das Weihnachtsgeschäft etwas enttäuscht: im Durchschnitt der Monate November und Dezember waren die Umsätze um 159% höher als im Oktober (saisongemäß um 177%) und mengenmäßig um 4% höher als im Vorjahr (im September und Oktober um durchschnittlich 16%). Infolge der Währungsgerüchte war nämlich die Nachfrage nach verschiedenen in dieser Gruppe enthaltenen Waren (vor allem Gold- und Silberwaren, Uhren) schon im Juli und August vorweggenommen worden. Tatsächlich waren in diesen beiden Monaten die Umsätze wertmäßig um 27% und mengenmäßig um 25% höher als im Vorjahr (im II. Quartal nur um 20% bzw. 17%).

Besser als saisongemäß schnitt nur der Schuhhandel ab. Die Umsätze von *Schuhen* waren um 57% höher als im November (in den Jahren 1951 bis 1954 um durchschnittlich 46%) und um 11% höher als im Vorjahr.

Als Folge des relativ schwachen Umsatzergebnisses im Dezember ist der *Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz* gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Von den Wertumsätzen entfielen auf den Dezember trotz leicht steigender Preistendenz 16,2% (im Vorjahr 16,4%), von den Mengenumsätzen 15,7% (16,1%). Besonders stark fiel der Anteil in der Gruppe „Sonstiges“ (von 28% auf 25%), da hier das Dezembargeschäft am stärksten hinter den Saisonserwartungen zurückblieb.

Anteil der Dezemberumsätze am Jahresumsatz des Einzelhandels

	Wertmäßig			Mengenmäßig ¹⁾			
	1953	1954	1955	in %	1953	1954	1955
Nahrungs- und Genußmittel ..	13'7	14'1	14'3	13'2	13'3	13'5	
Textilien und Bekleidung	16'3	17'4	16'9	16'3	17'4	16'8	
Möbel und Wohnbedarf	15'8	15'3	15'4	15'8	15'3	15'1	
Sonstiges	27'4	28'3	25'3	27'4	28'0	24'8	
Einzelhandel insg.	15'8	16'4	16'2	15'7	16'1	15'7	

¹⁾ Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) nahm im Dezember um 6% auf 621 Mill. S ab und war um 12% höher als im Vorjahr. Da die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen von 108 auf 66 Mill. S gesunken sind, war der Nettoertrag jedoch um 1% höher als im November, obwohl er gewöhnlich um etwa 5% abgenommen hat.

Die Eingänge an *Verbrauchssteuern* sanken im Dezember saisonbedingt um 2% auf 198 Mill. S (in den vergangenen Jahren um durchschnittlich 4%). Die Biersteuer brachte um 23%, die Weinsteuer um 19% und die Mineralölsteuer um 5% weniger ein als im November. Nur der Ertrag der Tabaksteuer stieg um 6%. Obwohl neun Steuern aufgehoben wurden, ist im Dezember um 11% mehr an Verbrauchssteuern eingegangen als vor einem Jahr.

Insolvenzen im Jahre 1955

In den ersten Nachkriegsjahren sind die Insolvenzen trotz günstiger Konjunktur und Inflation (von einem niedrigen Niveau aus) ständig gestiegen, hauptsächlich weil zahlreiche spekulative Nachkriegsgründungen mit der Normalisierung der Wirtschaft notleidend wurden. Erst seit der Geldwert-Stabilisierung im Jahre 1952 entspricht die Bewegung der Insolvenzen wieder annähernd dem Konjunkturverlauf.

Mit dem Konjunkturaufschwung geht seit 1953 die Zahl der Insolvenzen ständig zurück. Insgesamt wurden im Jahre 1955 1.266 Insolvenzfälle registriert, gegen 1.381¹⁾ im Vorjahr (– 8%) und 1.420 im Jahre 1953 (– 11%). Die Zahl der Konkurse nahm gegenüber dem Vorjahr um 10% ab, die der gerichtlichen Ausgleiche (ohne Anschlußkonkurse) sogar um 25%. Dadurch ist der Anteil der Konkurse an den gerichtlichen Insolvenzverfahren von 59% im Jahre 1954 auf 63% im Jahre 1955 gestiegen. Die Zahl der Konkurse war bereits um 71% höher als die der Ausgleiche (im Vorjahr um 41%). Bei günstiger Konjunkturlage ist meist ein größerer Teil der Schuldner in der Lage, die Zahlungseinstellung so lange hinauszuschieben, bis ein Ausgleich nicht mehr möglich ist. Außerdem gehen bei sinkenden Insolvenzzahlen die Gläubiger im allgemeinen rigorosere gegen die Schuldner vor. Damit erklärt sich auch die starke Zunahme der Anschlußkonkurse im Jahre 1955 (+ 75%).

Insolvenzen in Österreich¹⁾

	1953	1954	1955	1955 in % von 1953	1954
Konkurse	464	473	427	92'0	90'3
Gerichtliche Ausgleiche	506	412	385	76'1	93'4
Außergerichtliche Ausgleiche ²⁾ ..	62	59	46 ³⁾	74'2	78'0
Abgewiesene Konkursanträge ⁴⁾ ..	487	514	543 ⁵⁾	111'5	105'6
Zusammen ...	1.519	1.458	1.401	92'2	96'1
Anschlußkonkurse ⁶⁾	— 99	— 77	— 135 ⁵⁾	136'4	175'3
Gesamtzahl der Insolvenzen ...	1.420	1.381	1.266	89'2	91'7

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — ²⁾ Vom Kreditschutzverband behandelt. — ³⁾ Mangels Vermögens. — ⁴⁾ Ausgleiche, die in Konkurse umgewandelt wurden und daher doppelt gezählt sind. — ⁵⁾ Vorläufige Zahlen.

Es fällt auf, daß trotz Konjunkturaufschwung die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Konkursanträge auch im Jahre 1955 noch um 6% gestiegen ist. Bei diesen 543 Fällen handelt es sich hauptsächlich um arbeitsintensive Kleinbetriebe, die relativ teuer arbeiteten und daher wenig von der Konjunkturbelebung profitierten. Ihre Schulden bestanden überwiegend aus rückständigen Krankenkassenbeiträgen. Industrie und Handel hatten dagegen nur ganz unbedeutende Forderungen: der Kreditschutzverband hat nur in 16 dieser Fälle Forderungen von Mitgliedern vertreten.

Die wachsenden Schwierigkeiten der Klein- und Kleinstbetriebe spiegeln sich auch in den steigenden Insolvenzfällen des Handwerks wider. Die Zahl seiner Konkurse war um 6%, die der Ausgleiche sogar um 47% höher als im Vorjahr. Besonders stark stiegen

¹⁾ Die im Monatsbericht Nr. 1/1955, S. 18 veröffentlichten Zahlen über außergerichtliche Ausgleiche, abgewiesene Konkursanträge und Anschlußkonkurse wurden nachträglich korrigiert. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Insolvenzen i. J. 1954 von ursprünglich 1.322 auf 1.381.

die Insolvenzen im Gastgewerbe. Es handelt sich überwiegend um kleine Gaststätten in den Bundesländern, die abseits der Verkehrsstraßen liegen und infolge der wachsenden Motorisierung des Ausflugsverkehrs wenig frequentiert werden. In allen anderen Wirtschaftszweigen haben die gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleichs zusammen) abgenommen, und zwar in der Industrie um 38%, im Einzelhandel um 19% und im Großhandel um 3%. Die relativ geringe Abnahme der Insolvenzen im Großhandel (die Konkurse haben sogar zugenommen) ist die Folge der starken Übersetzung und der zunehmenden Bestrebungen der vor- und nachgelagerten Stufen, den Großhandel zu umgehen. Das Vordringen der Großbetriebe erleichtert diese Entwicklung.

Gerichtliche Insolvenzverfahren in den einzelnen Wirtschaftszweigen¹⁾

Wirtschaftszweige	Konkurse			Ausgleichs		
	1954	1955	1955 in % von 1954	1954	1955	1955 in % von 1954
Industrie *)	82	49	59'8	75	49	65'3
Großhandel	66	68	103'0	89	82	92'1
Einzelhandel	147	115	78'2	150	124	82'7
Handwerk	124	131	105'6	76	112	147'4
Sonstige *)	54	64	118'5	22	18	81'8
Insgesamt	473	427	90'3	412	385	93'4

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — *) Einschließlich Bauunternehmen. — *) Auch Private.

Die Zahlungseinstellungen haben sich je nach der Konjunkturlage in den einzelnen Branchen verschieden entwickelt. In den von der Konjunktur besonders begünstigten Holz- und Metallbranchen nahm

die Zahl der gerichtlichen Insolvenzverfahren (Konkurse und Ausgleichs zusammen) um 37% und 20% ab. Auch in der Elektro- und chemischen Branche wurden um 11% weniger Insolvenzen gezählt als im Vorjahr. Im Konsumgüterbereich dagegen, wo der Konjunkturaufschwung weit hinter dem der Investitionsgüter zurückblieb, nahm die Zahl der notleidenden Betriebe meist noch zu (Lebens- und Genußmittel um 11%, Glas, Parfumerie, Kurzwaren um 16%, Papier und Druck um 20%). Nur die Textil- und Bekleidungswirtschaft registrierte um 19% und der Gemischtwarenhandel um 5% weniger Insolvenzfälle als im Vorjahr.

Trotz der lebhaften Bautätigkeit zählte die Bauwirtschaft im Jahre 1955 noch 50 Insolvenzen gegen 52 im Vorjahr. Die Zahl der insolventen Bauunternehmer verminderte sich nur von 30 auf 29. In vielen Fällen sind Bauunternehmer dadurch in Schwierigkeiten geraten, daß sie infolge des Mangels an Arbeitskräften die von der Konkurrenz gezahlten Löhne überboten, aber niedrigere Preisangebote erstellten, um Aufträge zu erhalten. Zum Teil wurden auch überdimensionierte Investitionen vorgenommen, deren Ertrag zur Rückzahlung der Kredite nicht ausreichte.

Konkurse und Ausgleichs haben im Jahre 1955 in fast allen Bundesländern abgenommen. Nur Niederösterreich zählte um 42% und die Steiermark um 6% mehr Insolvenzen als im Vorjahr. In Niederösterreich hat vor allem die Konkurrenz der USIA-Geschäfte viele Einzelhändler ruiniert.

Gerichtliche Insolvenzverfahren nach Branchengruppen¹⁾

	Industrie		Großhandel		Einzelhandel		Handwerk		Zusammen		1955 in % v. 1954
	1954	1955	1954	1955	1954	1955	1954	1955	1954	1955	
Konkurse											
Mineralien	—	1	2	1	—	—	—	—	2	2	100'0
Metalle	12	5	5	7	5	3	14	14	36	29	80'6
Holz	12	6	14	8	—	—	24	18	50	32	64'0
Elektro- und chem. techn. Artikel	11	—	4	5	6	3	16	15	37	23	62'2
Bau	24 ²⁾	18 ²⁾	3	6	—	—	6	9	33	33	100'0
Lebens- und Genußmittel	5	3	19	12	44	32	24	53	92	100	108'7
Textilien, Bekleidung, Leder	16	13	14	14	42	37	31	19	103	83	80'6
Papier, Druck, Verlag	1	1	1	3	4	2	1	1	7	7	100'0
Glas-, Parfumerie-, Kurzwaren	1	2	—	4	2	2	8	2	11	10	90'9
Gemischtwaren	—	—	4	8	44	36	—	—	48	44	91'7
Insgesamt...	82	49	66	68	147	115	124	131	419	363	86'6
Ausgleiche											
Mineralien	2	2	1	2	—	—	—	—	3	4	133'3
Metalle	11	7	9	9	7	4	12	11	39	31	79'5
Holz	14	3	9	9	—	—	11	9	34	21	61'8
Elektro- und chem. techn. Artikel	9	5	6	10	5	7	5	10	25	32	128'0
Bau	14 ²⁾	12 ²⁾	5	1	—	—	—	4	19	17	89'5
Lebens- und Genußmittel	4	4	17	14	33	21	14	39	68	78	114'7
Textilien, Bekleidung, Leder	19	14	31	20	51	39	29	32	130	105	80'8
Papier, Druck, Verlag	1	1	2	4	3	4	2	2	8	11	137'5
Glas-, Parfumerie-, Kurzwaren	1	1	3	5	7	8	3	5	14	19	135'7
Gemischtwaren	—	—	6	8	44	41	—	—	50	49	98'0
Insgesamt...	75	49	89	82	150	124	76	112	390	367	94'1

²⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870. — *) Baustoffindustrie und Bauunternehmen.

Gerichtliche Insolvenzen nach Bundesländern¹⁾

Bundesland	1954	Konkurse		1954	Ausgleiche	
		1955	1955 in % v. 1954		1955	1955 in % v. 1954
Wien	111	93	83'8	165	149	90'3
Niederösterreich	26	35	134'6	24	36	150'0
Oberösterreich	81	69	85'2	65	46	70'8
Steiermark	86	91	105'8	57	60	105'3
Salzburg	56	38	67'9	41	31	75'6
Kärnten	41	41	100'0	27	25	92'5
Tirol	47	40	85'1	23	31	134'8
Vorarlberg	21	15	71'4	7	5	71'4
Burgenland	4	5	125'0	3	2	66'7
Insgesamt	473	427	90'3	412	385	93'4

¹⁾ Nach Angaben des Kreditschutzverbandes von 1870.

Außer den verschiedenen bisher angeführten Ursachen (Verdrängung der Kleinbetriebe, Überbesetzung, mangelhafte Kalkulation, Konkurrenz der USIA-Läden u. a.) hat im Jahre 1955 die Import-Liberalisierung manche Zahlungseinstellungen ausgelöst. Besonders in der Elektro- und Textilbranche sind einige Industrie- und Großhandelsbetriebe dadurch notleidend geworden, daß der Absatz heimischer Produkte durch die Konkurrenz der ausländischen Erzeugnisse stark beeinträchtigt wurde. Schließlich hat auch die Politik der Kreditrestriktionen, die allerdings erst gegen Ende des Jahres einsetzte, manche Unternehmer in Schwierigkeiten gebracht, zumal da sie sich sofort auf die Lieferantenkredite auswirkte.

Trotz der geringeren Zahl von Insolvenzen waren die durch sie verursachten Verluste kaum geringer als im Vorjahr. Die Schuldensumme kann zumindest ebenso hoch angesetzt werden wie für das Jahr 1954 (400 Mill. S), da sich durch die Insolvenz einiger Großbetriebe die Passiven je gerichtlich behandeltem Fall im Durchschnitt erhöht haben. Dieser Schuldensumme standen aber geringere Aktiven gegenüber, weil sich der Anteil der Konkurse erhöht hat. Außerdem waren die vereinbarten Ausgleichsquoten mit durchschnittlich 48% (gewogen mit der Höhe der Forderungen) geringer als im Vorjahr (54%)¹⁾. Die Zunahme der Zahl der abgewiesenen Konkursanträge hat die Kapitalverluste ebenfalls erhöht; allerdings betreffen diese Fälle weniger die Wirtschaft als die öffentliche Hand oder private Geldgeber.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Der jahreszeitliche Rückgang der Beschäftigung, der im November und Dezember ungefähr das Ausmaß vom Vorjahr erreichte, war im Jänner, nach allerdings vorläufigen Zahlen, mit 47.800 (gegen 62.900) viel geringer als im Jänner 1955. Vor allem

¹⁾ Auf Grund von Erhebungen des Institutes bei 50 Fällen (im Vorjahr 70).

hat das frühlingshafte Wetter, das bis Ende Jänner anhielt, die Bauarbeiten sowie andere Außenarbeiten außerordentlich begünstigt. Allerdings hat der Kälteeinbruch Ende Jänner Entlassungen verursacht, die vermutlich zum größeren Teil erst in der Arbeitsmarktstatistik für Februar enthalten sein werden. (Es vergehen nämlich einige Tage, ehe die Anzeigen der Firmen über Personalveränderungen bei den Krankenkassen einlangen oder bis sich Arbeitskräfte, die freigestellt wurden, bei den Arbeitsämtern zur Vermittlung von neuen Arbeitsplätzen melden.) Die Mehrbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr, die sich im Laufe des Jänner von 75.900 auf 91.100 erhöhte, wird sich daher im Februar voraussichtlich wieder etwas verringern, sofern nicht die Witterung ein sehr frühes Anlaufen der neuen Bausaison gestattet. Man hofft indessen, durch die Schlechtwetterentschädigung und die Bereitstellung von Mitteln der produktiven Arbeitslosenfürsorge die kältebedingten Entlassungen der Bauwirtschaft in sehr engen Grenzen halten zu können.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Jänner wurde aber nicht nur durch das Wetter begünstigt. In den Investitionsgüterindustrien sind trotz der saisonalen Entspannung Arbeitskräfte noch immer knapp. Der Facharbeitermangel ist zwar weniger drückend geworden als im Sommer und Herbst, jedoch noch lange nicht beseitigt. Auch in den Konsumgüterindustrien, die sonst ihre Beschäftigung nach Weihnachten stärker einschränken, herrscht infolge der über Erwartungen guten Einzelhandelsumsätze in den letzten Monaten eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach Facharbeitern. Überdies wird die Beschäftigung in der Holz-, Textil- und Bekleidungsindustrie durch Aufträge für das Bundesheer belebt. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit war daher im Jänner nicht nur bei den Bau- und Metallarbeitern, sondern — wie schon im Dezember — auch bei Holz-, Textil- und Bekleidungsarbeitern geringer als im Vorjahr. Ende Jänner lag die Beschäftigung beträchtlich über der 2-Mill.-Grenze und die Arbeitslosigkeit, deren Höhepunkt in diesem Winter entweder nahezu erreicht oder schon überschritten ist, hat die 200.000-Grenze kaum überschritten. Sie ist um 13'10% niedriger als vor einem Jahr und um fast ein Drittel niedriger als Ende Jänner 1954. Voraussichtlich wird somit der Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit heuer niedriger sein als in irgendeinem Jahr seit 1950.

Das Stellenangebot der Arbeitsämter, das seit dem Herbst sehr stark abgenommen hatte, erreichte zu Jahresende seinen saisonbedingten Tiefstand. Es stieg im Jänner ungefähr so stark wie im Vorjahr (um 2.700 gegen 2.600); wobei die Zahl der offenen Stellen für

Der Arbeitsmarkt im Dezember und Jänner

Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot		
Jahr, Monat	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monats- ende	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monats- ende	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monats- ende
in 1.000						
1950 XII.	—67'8	1.912'9	+64'3	184'2	— 3'5	2.097'1
1951 I.	—50'1	1.862'8	+36'6	220'8	—13'5	2.083'6
1951 XII.	—74'8	1.956'9	+59'1	152'3	—15'7	2.109'1
1952 I.	—57'3	1.899'6	+45'1	197'3	—12'2	2.096'9
1952 XII.	—89'2	1.841'4	+73'0	249'2	—16'2	2.090'6
1953 I.	—44'7	1.796'7	+36'1	285'3	— 8'6	2.082'1
1953 XII.	—81'8	1.878'5	+73'4	244'0	— 8'3	2.122'5
1954 I.	—66'5	1.812'0	+55'5	299'5	—11'0	2.111'5
1954 XII.	—64'6	1.996'3	+60'5	177'5	— 4'1	2.173'8
1955 I.	—62'9	1.933'3	+53'0	230'5	—10'0	2.163'8
1955 XII.	—69'4	2.072'2	+60'4	153'9	— 9'0	2.226'1
1956 I. ¹⁾	—47'8	2.024'5	+46'3	200'2	— 1'5	2.224'7

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Männer weniger (um 1.700 gegen 1.900), die für Frauen stärker (1.000 gegen 700) zunahm. Vor allem stieg das Stellenangebot für Frauen in Wien. Man darf vermuten, daß diese steigende Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften im Zusammenhang mit der oben erwähnten Belebung in den Konsumgüterindustrien steht. Ende Dezember (eine berufliche Aufgliederung für Jänner liegt noch nicht vor) gab es für fast alle der im statistischen Anhang (Tab. 7.10) angeführten Berufe mehr offene Stellen als vor einem Jahr und nur für Land- und Forstarbeiter, Bauhelfer und Papierarbeiter etwas weniger. Während aber das Stellenangebot für Baufach- und Metallarbeiter nur um 29% und 2% höher war als Ende 1954, war es für Holzarbeiter um 68% höher, für Textilarbeiter um 41%, für Bekleidungsarbeiter um 104% und für Nahrungs- und Genußmittelarbeiter um 42%.

Die Zahl der *Beschäftigten* sank im Dezember um 69.400 (3'2%) auf 2.072.200, im Jänner um 47.800 (2'3%) auf 2.024.500. Die Beschäftigung ging seit dem Höchststand (Oktober) im November und Dezember zusammen fast gleich stark zurück wie im Vorjahr (um 78.300 und 79.700), im Jänner hingegen um 15.200 weniger als im Jänner 1955.

Die Land- und Forstwirtschaft entließ im Dezember Arbeitskräfte im saisonüblichen Umfang, und zwar 12.100 Arbeiter, um 100 weniger als im Vorjahr, und beschäftigte zu Jahresende um 9.500 weniger Arbeiter, aber um 400 Angestellte mehr als zu Jahresbeginn.

In der gewerblichen Wirtschaft nahm die Zahl der Beschäftigten im Dezember um 56.500 ab gegen nur 51.500 im Dezember 1954. Die Zahl der Angestellten, die im Dezember saisonbedingt zunimmt, stieg nur noch um 600 gegen 1.900 im Vorjahr. Insgesamt waren in der gewerblichen Wirtschaft zu Jahresende 1.621.400 Arbeitnehmer tätig, um 20.600 mehr als im

Beschäftigungshöhepunkt 1954 und um 78.400 mehr als zu Jahresbeginn.

In der Bauwirtschaft, die Ende Oktober schätzungsweise 218.000 Arbeitskräfte beschäftigte, waren Ende Jänner vermutlich noch 145.000 tätig, gegen 127.000 Ende Jänner 1954. Von Ende Oktober bis Ende Jänner erhöhte sich die Zahl jener Stellensuchenden, die zuletzt in Betrieben des Bauwesens oder in Bauhilfsbetrieben gearbeitet hatten, um 65.200 gegen 73.800 und 92.400 im gleichen Zeitraum 1954/55 und 1953/54. Ende Jänner gab es 69.700 Stellensuchende aus dem Baugewerbe, um 12.200 weniger als im Vorjahr und um 43.900 weniger als vor zwei Jahren.

Die Saisonbewegung in der Bauwirtschaft

(Oktober bis Jänner)

Zeit	Beschäftigte im Bauhaupt- und Bau- nebgewerbe	Stellensuchende aus Betrieben des Bauwesens und Bau- hilfsbetrieben
		in 1.000
31. X. 1953	184 ²⁾	21'1
31. I. 1954	92	113'6
Differenz	- 92 ²⁾	+ 92'4
31. X. 1954	205 ²⁾	8'0
31. I. 1955	127	81'8
Differenz	- 78 ²⁾	+ 73'8
31. X. 1955	218 ²⁾	4'5
31. I. 1956	145 ²⁾	69'7
Differenz	- 73 ²⁾	+ 65'2

²⁾ Schätzung.

Der *Dezemberbericht* des Bundesministeriums für soziale Verwaltung meldet, daß die rege Bautätigkeit im allgemeinen bis in die zweite Dezemberhälfte anhielt, obwohl in ländlichen Gebieten Bauunternehmungen schon vorher ihre Bauvorhaben stillgelegt hatten, daß aber unmittelbar vor Weihnachten trotz des verhältnismäßig günstigen Wetters die Bautätigkeit stärker eingeschränkt wurde. Auch die öffentliche Hand führte nur die großen Bauvorhaben weiter. Besonders wurden Straßenbau und Wildbachverbauung eingeschränkt, während städtische Bauten und Industrievorhaben mit nur geringfügigen Restriktionen weiterarbeiteten.

Der Bericht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung zieht den Schluß, daß die Bautätigkeit trotz dem günstigen Wetter und der guten Auftragslage stark eingeschränkt wurde, weil die Arbeitsgewohnheiten, die sich in diesem Gewerbe seit langem herausgebildet haben, es so verlangten, und daß gesetzliche Regelungen wie die Schlechtwetterentschädigung und die produktive Arbeitslosenfürsorge dem allein offenbar nicht abhelfen können.

Im Jänner wurde, wie die Arbeitslosenzahlen zeigen, eine weitere beträchtliche Zahl von Bauarbei-

ten stillgelegt. Mit wenigen Ausnahmen wurden auch keine größeren technischen Vorbereitungen getroffen, die Bautätigkeit auch nach Einbruch einer Kälteperiode fortsetzen zu können. Die Gemeinde Wien, die auf ihren Baustellen im Jänner ungefähr 10.000 Arbeiter beschäftigte, hat allerdings die Zahl ihrer Thermoblock-Aggregate von 50 im Vorjahr auf 80 erhöht.

Die Beschäftigung in 1.678 Betrieben, die normalerweise von Anfang November bis Anfang Dezember abnimmt, hat heuer noch leicht zugenommen. Günstiger als im Vorjahre entwickelten sich u. a. die Stein-, Textil-, papierverarbeitende, graphische und chemische Industrie und vor allem der Handel.

Die *Kurzarbeit* nimmt leicht zu. Im November und Dezember beschränkte sie sich auf einen einzigen Betrieb mit 150 Arbeitskräften, der im Jänner auf Vollarbeit überging. Hingegen mußten ein Betrieb der Metallverarbeitung in der Steiermark mit 677 Arbeitern sowie ein Maschinenbaubetrieb in Niederösterreich mit 156 Arbeitskräften und eine kleine Flachsrösterei in Kärnten ihre Arbeitszeit einschränken. Ende Jänner erhielten daher 3 Betriebe für 848 Personen Kurzarbeiterunterstützung.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* stieg im Dezember um 60.400 (64·6%) auf 153.900, im Jänner um 46.300 (30·1%) auf 200.200. Die Zunahme war im Dezember ungefähr ebenso groß wie im Vorjahr, im Jänner um 6.700 geringer als im Jänner 1955. Ende Dezember gab es um 23.600 weniger Stellensuchende als vor einem Jahr, Ende Jänner um 30.300. Die Rate der Arbeitslosigkeit stieg im Berichtsmonat von 6·9% auf 9·0% (im Jänner 1955 von 8·2% auf 10·7%). Von Ende Oktober bis Ende Jänner nahm die Arbeitslosigkeit um 12.900 weniger zu, nämlich um 122.400 gegen 135.400. Die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter stieg im gleichen Zeitraum um 61.000 gegen 70.200 im Winter 1954/55, also um 9.200 weniger. Die Zahl der übrigen Stellensuchenden erhöhte sich um 3.800 weniger. Ende Jänner gab es 64.800 stellensuchende Bauarbeiter (Facharbeiter und Hilfsarbeiter), um 12.300 und 39.700 weniger als in den beiden Vorjahren und 135.400 Stellensuchende in anderen Berufsklassen, um 17.900 bzw. 59.600 weniger.

Die Zunahme der Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter war im Dezember fast gleich hoch wie im Dezember 1954. Weit stärker stieg die Arbeitslosigkeit nur unter den stellensuchenden Land- und Forstarbeitern sowie unter den Hilfsarbeitern allgemeiner Art. Zu Jahresende gab es bereits mehr stellensuchende Land- und Forstarbeiter als vor einem Jahr. Die stärkere Zunahme der weiblichen Stellensuchenden in diesen beiden Berufsklassen erklärt, weshalb

die Frauenarbeitslosigkeit im Dezember um 1.300 stärker zunahm als im Dezember 1954.

Im Jänner wurden nicht nur, wie schon im Dezember, weniger Metall-, Textil- und Bekleidungsarbeiter arbeitslos als im Jänner 1955, sondern auch weniger Bauarbeiter. Die Zahl der stellensuchenden gastgewerblichen Arbeiter stieg gleichfalls weniger stark, da sie infolge der ungünstigen Schneeverhältnisse im Dezember relativ wenig abgenommen hatte. Größer war die Zunahme der Arbeitslosigkeit neuerlich unter den stellensuchenden Hilfsarbeitern wechselnder Art. Die Frauenarbeitslosigkeit stieg auch im Jänner (um 8.200) beträchtlich, aber doch erstmals wieder weniger stark als in den beiden Vorjahren, in denen sie sich um 8.800 und 9.200 erhöht hatte.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen gingen im Monat Dezember etwas stärker als saisonüblich zurück: es wurden um 23.174 weniger Güterwagen angefordert und um 18.136 weniger gestellt. Mit 176.088 gestellten Wagen und 653·5 Mill. netto-*t-km* nahmen die Leistungen (bei gleicher Zahl von Arbeitstagen) um 9·5% und 3% ab. Vor allem haben die Transporte von Baustoffen (– 28%), Kohle und Koks (– 4%) abgenommen. Die Leistungen lagen nur wenig über denen im Dezember 1954.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Dezember 1955	Veränderung in % (+ bzw. –) Monatsergebnis gegen Vorjahr		
		Vormonat	Arbeitsstag gegen Vormonat	Arbeitsstag gegen Vormonat
Insgesamt	176.088	+ 1·1	– 9·5	– 9·5
davon				
Kohle, Koks ..	24.145	– 7·4	– 4·1	– 4·1
Holz	17.947	– 5·1	+ 3·9	+ 3·9
Baustoffe	17.112	+ 1·2	– 28·1	– 28·1
Eisen	12.369	+ 14·9	+ 11·8	+ 11·8
Papier	6.086	– 11·1	+ 3·3	+ 3·3
Erze	6.873	– 2·7	– 4·4	– 4·4
Kunstdünger ..	3.764	– 20·7	– 8·4	– 8·4
Nahrungsmittel	10.278	+ 9·6	+ 9·9	+ 9·9
Stückgut	28.790	+ 6·1	+ 0·5	+ 0·5
Sammelgut	5.207	+ 8·3	– 4·6	– 4·6
Zuckerrüben ..	13.954	+ 0·6	– 43·8	– 43·8
Andere	29.563	+ 6·6	– 7·0	– 7·0

Die Wagenlage war infolge der geringeren Nachfrage ausgeglichen. Gegen Monatsende ergaben sich sogar bei fast allen Wagengattungen Überschüsse, so daß den benachbarten Bahnverwaltungen (Ungarn, Italien) die erbetene Wagenaushilfe voll gewährt werden konnte.

Der Transitverkehr stieg infolge höherer ungarischer Transporte in Richtung Schweiz und Italien von 88·9 Mill. netto-*t-km* auf 101·6 Mill.

Der *Personenverkehr* auf den Bundesbahnen stieg infolge des Weihnachtsreiseverkehrs um 17·5% (es wurden 5·6 Mill. Karten verkauft). Die Zunahme gegenüber November war heuer viel stärker als im Jahre 1954; der Dezemberstand überschritt den von 1954 um 8·3%.

Der *Straßenverkehr* von Bahn und Post erreichte mit 8·92 Mill. Personen einen neuen Rekordstand, der um 5·5% über dem im Dezember des Vorjahres lag.

Im Dezember wurden um 1.355 weniger Personenzüge neu zugelassen (und zwar um 113 weniger Personenkraftwagen und um 1.242 weniger Motorräder und Roller) als im Vormonat, dagegen um 734 mehr Lastkraftwagen. Die Zahl der insgesamt neu zugelassenen Kraftfahrzeuge (ohne Anhänger) hat sich daher gegenüber dem Vormonat um 7% (von 8.694 auf 8.660) vermindert.

Gegenüber dem Dezember des Vorjahres hat sich die Zulassung von neuen Personenkraftwagen noch um 43% erhöht, die von Nutzfahrzeugen dagegen um 7% und die von Motorrädern und Rollern um 22% verringert.

Im *Schiffsverkehr* auf der Donau wurden trotz Niederwasser 324.941 t befördert, davon 154.537 t von DDSG und Comos. Der Verkehr zwischen Österreich und dem Südosten erreichte mit 62.585 t (November: 58.825 t) seinen bisher höchsten Stand. Einschließlich des Transits (35.021 t) erreichte der Südostverkehr 100.606 t, d. s. 31% des gesamten Donauverkehrs.

Im *Luftverkehr* wurden von und nach Österreich 6.248 und im Transit 1.158 Personen befördert. Der Frachtverkehr (ohne Transit) erreichte 155.792 kg, der Postverkehr 40.108 kg.

Der *Fremdenverkehr* belebte sich saisonüblich. Die Zahl der Übernachtungen stieg auf 778.000, von denen 348.000 auf Ausländer entfielen (d. s. 5·3% mehr als im Dezember 1954). Aus dem Ausländer-Reiseverkehr wurden 84·1 Mill. S Devisen eingenommen, um 2 Mill. S mehr als im Jahre 1954.

Die ERP-Kredite für den Fremdenverkehr im Jahre 1955¹⁾

Die Fremdenverkehrswirtschaft erhielt im Jahre 1955 72·9 Mill. S ERP-Kredite (45·3 Mill. S und 102·8 Mill. S²⁾) in den Jahren 1953 und 1954). Diese

¹⁾ Vgl. auch „Investitionen im Fremdenverkehr“ in Monatsberichte, Heft 3, Jg. 1955, S. 121.

²⁾ Die auffallend starken jährlichen Schwankungen in der Versorgung des Fremdenverkehrs mit ERP-Mitteln seit Beginn der Aktion i. J. 1950 beruhen fast ausschließlich darauf, daß die ERP-Kredite nach der Dringlichkeit der Investitionsvorhaben der einzelnen Wirtschaftsgruppen verteilt werden

Zuteilung ist relativ hoch, wenn man sie mit der an Industrie und Gewerbe vergleicht, die 350 Mill. S betrug. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß sich die Fremdenverkehrswirtschaft bei der Verteilung der ERP-Mittel in den Jahren 1948 bis 1954 mit sehr geringen Krediten begnügen mußte. Ihr Anteil an den gesamten Freigaben aus dem Counterpartkonto betrug Ende 1954 nur 3·8% und ist bis Ende 1955 auf 4·8% gestiegen. Es ist daher beabsichtigt, die Fremdenverkehrswirtschaft jetzt und in den folgenden Jahren bei der Kreditverteilung aus den rückfließenden Tilgungs- und Zinsbeträgen sowie noch nicht ausgeschütteten ERP-Mitteln (rund eine Milliarde) zu begünstigen.

Die regionale Verteilung der ERP-Kredite für den Fremdenverkehr ergibt sich in erster Linie aus der Bevorzugung devisenbringender Investitionen. Den größten Anteil hatten daher in den vergangenen Jahren die vor allem von Ausländern besuchten Gebiete in den westlichen Bundesländern. So entfielen im Jahre 1954 77·3% der Kredite auf Salzburg, Tirol, Vorarlberg und die Steiermark, während Wien und Niederösterreich nur 7·3% erhielten. Von der gesamten bis Ende 1954 eingeräumten Kreditsumme flossen 91% in die westlichen Bundesländer. Mit dem Abschluß des Staatsvertrages wurden Wien und die Fremdenverkehrsgebiete in Niederösterreich und im Burgenland für den Ausländerverkehr wieder interessant. Die Kreditverteilung wurde daher zugunsten dieser Gebiete verändert. Im Jahre 1955 erhielt Niederösterreich 14·7 Mill. S (um 3·2 Mill. S mehr als in den vorangegangenen fünf Jahren), Wien 9·9 Mill. S und das Burgenland 3·2 Mill. S. Der Anteil dieser drei Länder erhöhte sich gegenüber 1954 von 9·4% auf 38·3%. An den gesamten seit 1950 gewährten ERP-Krediten für den Fremdenverkehr sind sie allerdings nur mit 13·3% beteiligt. Der Wiederaufbau, notwendige Modernisierungen und die fremdenverkehrspolitisch erwünschte Dezentralisierung des Ausländerverkehrs erfordern, daß auch künftig die östlichen Bundesländer im Kreditplan stärker berücksichtigt werden. Im Interesse einer weiteren Steigerung der Ausländerbesuche wären ein schnellerer Ausbau sowie besondere Kreditaktionen wünschenswert.

Die Verteilung der ERP-Kredite nach Investitionsarten entsprach auch im Jahre 1955 der bisherigen Investitionsplanung. Das Schwergewicht liegt bei Modernisierungen aller Art, für die 48·6 Mill. S, d. s. 67% aller Kredite eingeräumt wurden. Für Ver-

müssen. Die Veränderungen des Kreditbedarfes der Fremdenverkehrsbetriebe beeinflussen die jährlichen Schwankungen nicht, da ihre Nachfrage weit über die eingeräumten Beträge hinausgeht.

Verteilung der ERP-Kredite¹⁾ nach Bundesländern in den Jahren 1950 bis 1955

	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1950—1955	Prozentanteil
	in Mill. S							
Wien.....	4'54	8'05	1'79	1'53	3'22	9'87	29'00	5'8
Niederösterreich ..	0'81	4'45	0'10	1'85	4'31	14'73	26'25	5'3
Oberösterreich ..	13'52	8'02	9'36	0'83	8'01	5'78	45'52	9'2
Salzburg	16'52	22'31	20'40	5'73	24'78	7'36	97'09	19'5
Steiermark	5'61	10'21	0'64	5'59	15'13	5'67	42'85	8'6
Kärnten	6'07	8'81	4'44	3'22	5'67	8'03	36'24	7'3
Tirol	27'90	45'12	19'58	17'29	22'94	14'64	147'47	29'6
Vorarlberg	9'95	13'48	15'78	3'34	16'17	3'38	62'10	12'5
Burgenland	2'60	1'16	1'00	0'74	2'04	3'21	10'75	2'2
Zwischensumme ..	87'52	121'60	73'09	40'12	102'27	72'67	497'27	100'0
Nicht aufteilbare Kredite ²⁾	—	22'20	—	5'20	0'49	0'23	28'12	
Insgesamt	87'52	143'80	73'09	45'32	102'76	72'90	525'39	

¹⁾ Einschließlich der Kredite aus der „Bankenaktion“ in Höhe von 55'1 Mill. S. —

²⁾ Werbung, Subventionen an Organisationen usw.

kehrsanlagen (Lifte) wurde mit 23'6 Mill. S die bisher höchste Jahressumme vorgesehen. Die Erschließung der Berge, besonders für den modernen Wintersport, ist ohne derartige Investitionen kaum möglich. Auch die ausländische Konkurrenz zwingt zu diesen Investitionen. In Österreich gibt es zur Zeit 4 Standseilbahnen, 32 Seilschwebbahnen und etwa 220 Schlepplifte, die größtenteils erst nach 1947 gebaut wurden. Für Neubauten wurden im Berichtsjahr nur 550.000 S Kredite eingeräumt, für Werbung usw. 230.000 S.

Von den Sonderaktionen, die in der erwähnten Gruppe „Modernisierungen“ enthalten sind, wurde die „Bankenaktion“¹⁾ (18'1 Mill. S) und die „Aktion für preisbillige Betriebe“ (5'5 Mill. S) auch im Jahre 1955 weitergeführt. Die Aktion „Sanitäre Anlagen“ ist bereits im Jahre 1952 abgeschlossen worden, vielleicht etwas verfrüht, wie die vielfach ungenügenden Ausstattungen auch in den westlichen Betrieben vermuten lassen.

Gliederung der ERP-Kredite nach der Art der Investitionen

(Stand vom 31. Dezember 1955)

	1955		1950—1955	
	Zahl der Betriebe	Kreditsumme in Mill. S	Zahl der Betriebe	Kreditsumme
1. Normale Kreditaktionen				
Neubauten	1	0'55	25	82'80
Modernisierungen				
in Kurhäusern	1	0'65	6	11'75
in Hotelbetrieben	72	24'32	667	222'56
2. Sonderaktionen				
Bankenaktion	13	18'07	48	55'10
Preisbillige Betriebe	58	5'46	377	24'32
Sanitäre Anlagen	—	—	253	7'47
Hotelsektor (1 + 2)	145	49'05	1.376	404'00
3. Verkehrsprojekte	13	23'62	71	93'27
4. Sonstiges	—	0'23	—	28'12
Insgesamt (1 + 4)	158	72'90	1.447	525'39

¹⁾ Es handelt sich um eine Vorfinanzierung in Höhe von 90 Mill. S, die vom Bund innerhalb von fünf Jahren mit einem Zinsfuß von 6% aus ERP-Mitteln zurückgezahlt werden.

Die eingeräumten Kredite von 72'7 Mill. S verteilten sich auf 145 Hotelbetriebe und 13 Verkehrsobjekte. Die Kreditsumme pro Betrieb betrug im Hotelsektor durchschnittlich 338.280 S und pro Verkehrsobjekt 1'8 Mill. S. Es wurde Raum für 4.936 Betten gewonnen, außerdem wurden 100 Bäder neu installiert.

Die gesamten ERP-Kredite (1950—1955) erreichten Ende 1955 einen Betrag von 525'4 Mill. S, von denen 404 Mill. S auf Hotels, 93'3 Mill. S auf Verkehrsanlagen und 28'1 Mill. S auf Werbung usw. entfielen. Da 40% der geplanten Investitionssumme aus Eigenmitteln aufgebracht werden müssen, ergibt sich eine Gesamtinvestition von 828'8 Mill. S plus 28'1 Mill. S für Werbung. Im Jahre 1955 allein betrugen die Investitionen 121'1 Mill. S zuzüglich Werbungskosten von 230.000 S. Die ERP-Aktion erbrachte bisher in 1.376 Betrieben einen Zuwachs von 46.805 Betten und 3.047 Bädern; außerdem wurden 71 Verkehrsobjekte finanziert. Einschließlich der von ERP-Mitteln unabhängigen Investitionen (etwa 1 Mrd. S) hat die Fremdenverkehrswirtschaft seit Kriegsende rund 1'8 Mrd. S investiert.

Die Bedingungen für ERP-Kredite wurden im Jahre 1955 verschärft. Durch Ministerratsbeschluß wurde der Zinsfuß für neue Kredite ab 1. Juli 1955 von 3'5% auf 4 1/4% erhöht und soll ab 1. Jänner 1957 5% betragen. Nur für die östlichen Bundesländer gilt weiterhin der alte Zinsfuß von 3'5%. Infolge dieser Zinserhöhung haben vor allem die ziemlich saturierten Betriebe in den westlichen Fremdenverkehrszentren ihre Kreditansuchen storniert oder verringert. Dagegen haben die Kreditansuchen aus den noch wenig erschlossenen Gebieten und den östlichen Bundesländern zugenommen. Die Kreditverteuerung trifft daher vor allem die Betriebe in den neu aufzuschließenden Gebieten, da sie erst allmählich den Konjunkturanschluß finden.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Wie in den beiden letzten Jahren war auch i. J. 1955 der Außenhandel im Dezember weit höher als in den Vormonaten. Die Konzentration auf den letzten Monat war bei der Ausfuhr stärker als in den Jahren 1953 und 1954, bei der Einfuhr bedeutend geringer als im Vorjahr, da damals zur saisonüblichen Steigerung der Importe die Auswirkungen der Liberalisierung hinzukamen. Mit dem höheren Außenhandelsumsatz ist auch der Einfuhrüberschuß leicht gestiegen — von 563 Mill. S im November auf 584 Mill. S im Dezember.

Zunahme des Außenhandels im Dezember 1953 bis 1955

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr		
	Jänner— November Ø	Dezem- ber	Dezember in % des Durch- schnitts der Vormonate	Jänner— November Ø	Dezem- ber	Dezember in % des Durch- schnitts der Vormonate
1953 ¹⁾	1.087	1.361	125	1.215	1.365	112
1954	1.353	2.107	156	1.302	1.527	117
1955	1.883	2.357	125	1.491	1.773	119

¹⁾ Für das Jahr 1953 wurde als Vergleichsgrundlage nicht der Jänner-November-Durchschnitt, sondern der Juni-November-Durchschnitt gewählt, da die Wechselkursangleichung vom Mai 1953 einen Vergleich mit den früheren Monaten nicht zuläßt.

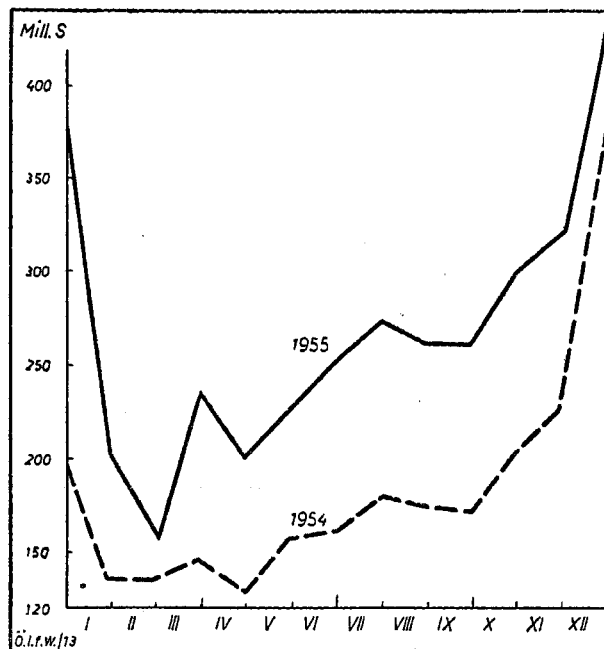
Die *Einfuhr* nahm im Dezember um 165 Mill. S (7·5%) auf 2.357 Mill. S zu und war um 250 Mill. S größer als im Dezember 1954. Erstmals war das Einfuhrvolumen mehr als doppelt so hoch (206%) wie im Monatsdurchschnitt 1937 und um ein Fünftel größer als im Durchschnitt 1929.

Wie im Vorjahr stieg im Dezember vor allem die Einfuhr von Investitionsgütern (Maschinen, elektrischen Apparaten und Geräten). Sie erhöhte sich um 109 Mill. S oder 66% der Einfuhrzunahme. Der Wert der gesamten Maschinen- und Verkehrsmittel-einfuhr überschritt mit 592 Mill. S zum erstenmal den bisherigen Höchstwert vom Dezember 1954. In beiden Jahren konzentrierten sich die Bestellungen von Investitionsgütern aus steuertechnischen Gründen auf das Jahresende. In den ersten Monaten des neuen Jahres wird die Einfuhr von Investitionsgütern voraussichtlich merklich zurückgehen. Da die steuerlichen Begünstigungen bei der Anschaffung neuer Investitionsgüter („Bewertungsfreiheit“) Ende 1955 weggefallen sind, werden künftig die Dezemberspitzen der Investitionsgütereinfuhr weniger hervortreten.

Neben der Einfuhr von Investitionsgütern nahm vor allem die von Erzen (+ 19 Mill. S) und Metallen (+ 21 Mill. S) gegenüber November stark zu; sie war auch bedeutend höher als in den Vormonaten. Bedeutend zurückgegangen sind — allerdings von einem sehr hohen Novemberstand — nur die Importe von Kohle (— 30 Mill. S) und von Textilhalb- und -fertigwaren (— 14 Mill. S).

Die Direkteinfuhr aus den USA ist erstmals seit August 1955 zurückgegangen (um 78 Mill. S auf 194 Mill. S). Der Rückgang beschränkt sich aber fast ausschließlich auf Getreide- und Kohlenlieferungen, die weitgehend durch das Abkommen über Überschußgüter geregelt werden. Osteuropa konnte im Dezember seinen Anteil an Österreichs Außenhandel neuerlich erhöhen, obwohl der Rußlandhandel (insbesondere auf der Exportseite) gegenüber November nachließ. Aus Ungarn und Polen wurden mehr Agrarprodukte als in den Vormonaten bezogen. Die Importe aus Westdeutschland stiegen im Dezember

Die Investitionsgütereinfuhr (Normaler Maßstab in Mill. S)



Die starke Investitionsneigung führte i. J. 1955 zu einer hohen Einfuhr von Maschinen, Geräten und Apparaten. So wie im Vorjahr kam es infolge der steuerlichen Investitionsbegünstigungen zu Jahresende zu einer besonders starken Konzentration der Investitionsgütereinfuhr. Da diese steuerlichen Begünstigungen Ende 1955 abgelaufen sind, ist in Zukunft mit einer gleichmäßigeren Verteilung der Investitionsgüterimporte und dem Wegfall der Dezemberspitzen zu rechnen.

um 102 Mill. S (davon 84 Mill. S Mehrimporte von Investitionsgütern) auf 880 Mill. S. Erstmals waren die Bezüge aus Westdeutschland höher als im Dezember 1954. Der Anteil Westdeutschlands an Österreichs Importen war allerdings im Dezember 1955 mit 37% nicht so groß wie ein Jahr zuvor (40%).

Die *Ausfuhr* stieg im Dezember um 144 Mill. S (8·8%) auf 1.773 Mill. S. Sie war um 246 Mill. S höher als im Dezember 1954, das Ausfuhrvolumen betrug das Zweieinhalbfache des Monatsdurchschnitts von 1937 (und 80% mehr als i. J. 1929). Es wurden vor allem mehr halbfertige und Fertigwaren ausgeführt; ihr Anteil am Export erhöhte sich von 68% im November auf 71% im Dezember. Die Nahrungsmittel- und Rohstoffexporte änderten sich nur wenig, ihr Anteil ging von 32% auf 29% zurück. Die Eisen- und Stahlexporte stiegen um 76 Mill. S auf 299 Mill. S (bisheriger Höchstexport: 233 Mill. S im März 1955), Metallwaren wurden um 13 Mill. S, Maschinen und Apparate um 30 Mill. S, Papier und Papierwaren sowie Textilhalb- und -fertigwaren um je 11 Mill. S mehr ausgeführt. Der Export von dauerhaften Konsumgütern, wie Kleidung, Schuhe, Möbel usw., deren

Weihnachtsgeschäft meist schon früher abgewickelt wird, ließ im Dezember nach. Der Exportwert dieser unter „Sonstige Fertigwaren“ zusammengefaßten Güter, sank von 95 und 97 Mill. S im September und Oktober auf 84 Mill. S im November und 75 Mill. S im Dezember. Damit war ungefähr das Niveau der Sommermonate erreicht.

Ein- und Ausfuhr übertrafen im IV. Quartal 1955 die Rekordergebnisse des III. Quartals (wertmäßig) um 19% und 12%. Die Zunahme gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres war zum ersten Mal i. J. 1955 bei Ein- und Ausfuhr ungefähr gleich groß, weil die Importe nicht mehr mit den niedrigen Einfuhren vor oder knapp nach der Liberalisierung verglichen werden. Die Zunahme betrug bei der Einfuhr 21%, bei der Ausfuhr 20%; im III. Quartal hatte ein Vergleich mit dem entsprechenden Quartal des Jahres 1954 noch Zuwachsraten von 39% (Einfuhr) und 15% (Ausfuhr) ergeben.

Obwohl die Zuwachsrate bei Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Vorjahr ungefähr gleich ist, sind die Importe *absolut* stärker gestiegen, da ihr Ausgangsniveau vom IV. Quartal 1954 höher ist als bei der Ausfuhr. Das Handelsbilanzdefizit war daher im letzten Quartal 1955 mit 1,5 Mrd. S nicht nur das höchste Quartalsdefizit überhaupt, sondern auch bedeutend höher als ein Jahr zuvor (1,2 Mrd. S) oder im III. Quartal 1955 (1 Mrd. S). 31% des Defizits 1955 entfielen allein auf das letzte Quartal. Die ERP-Lieferungen sind im IV. Quartal 1955 völlig versiegt; im III. Quartal hatten sie noch 20 Mill. S betragen, im IV. Quartal 1954 61 Mill. S.

Ein- und Ausfuhr

Zeit	Einfuhr		Ausfuhr	
	1.000 #	Mill. S	1.000 #	Mill. S
IV. Quartal 1954.....	2.538	5.494	1.407	4.287
III. Quartal 1955.....	2.552	5.592	1.412	4.613
IV. Quartal 1955.....	2.846	6.661	1.569	5.148